Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 2.—8 Sept. 1 100 000 M., durch die Post 1 000 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschs. i. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 85000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 600000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 150 000 Mk. | Donnerstag, den 6. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 208

Der Dollar 33⅓ Millionen Mark

Hilferding kann nicht helfen — Es kracht in allen Fugen

Die Reichsbank ließ gestern in die Welt hinausposaunen: Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars war am 5. September: 20 Millionen. Und gleichzeitig bringt der Funkspruch aus Neuyork die Meldung, daß die Dollarparität 33⅓ Millionen beträgt.

Dieses Treiben der Spekulanten, das den Dollar von zirka 14 Millionen am Dienstag bis auf über 33 Millionen am Mittwoch hinauftrieb, ist selbst dem „Vorwärts" zu viel. Er schreibt in der gestrigen Abendausgabe: **„Das Spiel, das von der Spekulation getrieben wird, kann nicht anders als verbrecherisch genannt werden. Die Minuteninterventionen der Reichsbank ist diesen Kreisen höchst willkommen. Man nimmt dieser zu niedrigen Kursen die Devisen ab, um sie eine halbe Stunde später um Millionen höher loszuschlagen. Ernste Bankkreise sehen der weiteren Entwicklung mit schwerstem Bedenken entgegen."**

Und während das Schiebergesindel Billionen Gewinne einheimst, die deutsche Wirtschaft vollkommen zu Grunde richtet, verhandeln die Industriellen und Bankherren mit Hilferding um eine „Goldwährung". Hilferding verhandelt und die Schieber und Auslandslieferanten handeln. Während sie den Dollar in den Abgrund stürzen setzen die Agrarier und Kohlenbarone die Preise noch auf über Weltmarktpreise hinauf. Bezahlen müssen die deutschen Proletarier.

60 Pf. Friedensstundenlohn = 3 011 275 Mk.

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 6. September.**

In der Woche vom 29. August bis 5. September betrugen nach dem Lebenshaltungsindex der „Roten Fahne" für ein Ehepaar mit zwei schulpflichtigen Kindern die Ausgaben, die notwendig sind, um annähernd so wie in der Vorkriegszeit leben zu können:

Für Nahrung	79 960 600 Mk.
Für Kleidung, Wohnung, Fahrgeld, Gas	72 269 000 Mk.
Für 8 Prozent Steuern	12 168 368 Mk.
	164 515 968 Mk.

Das ist eine Steigerung von über 76 Millionen oder 86,4 Prozent gegen die Vorwoche, die z. B. für Fleischwaren mehr als 100 Prozent, für Miete und Arztgebühren mehr als 350 Prozent ausmacht. Gegen die Vorkriegszeit sind die Lebenshaltungskosten um das 5 018 791fache gestiegen.

100 000 Mark sind nur noch 1,9 Pfennig wert. Auf einen Mindestgrundlohn von 60 Friedenspfennigen pro Stunde beträgt der Stundenlohn 3 011 275 Mark.

Der Reichs-Schwindelindex

Berlin, 5. September.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung (Ernährung, Wohnung, Beleuchtung und Kleidung) lautet nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 3. September auf 1 845 261. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (1 183 434) beträgt somit 55,9 Prozent. Für den Durchschnitt des Monats August berechnet sich die Reichsindexziffer auf 586 045 gegenüber 73 651 im Juldurchschnitt. Die Steigerung beträgt somit 1 457 Prozent. Die Lebenshaltungskosten ohne die Bekleidung sind im Durchschnitt des August aufs 508 631fache, Ernährungskosten allein auf das 570 485fache, Bekleidungskosten auf das 1 089 571fache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Löhne der Reichsarbeiter und -beamten

Monatliche Gehaltszahlung der Beamten

Den Berliner Blättern entnehmen wir folgenden Bericht:

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter führten gestern in später Abendstunde zu einer Festsetzung der Lohnmeßzahl auf 2350 mit Wirkung vom 2. September an. Hiernach wird in der Ortsklasse A der **Stundenlohn des Handwerkers 909 000 Mark, der des ungelernten Arbeiters 846 000 Mark betragen.**

Die Beamtengehälter haben eine Erhöhung um **186 Prozent** erfahren. Der Frauenzuschlag ist um 20 Millionen, die Besatzungszulage auf 12 Millionen Mark, die Kinderzulage im besetzten Gebiet auf 24 Millionen erhöht worden. Die Nachdienstzulage beträgt 75 000 Mark pro Stunde und die Sonderzulage für das alt- und neubesetzte Gebiet ist auf 10 Prozent der Gesamtbezüge festgelegt worden.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die **vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlung** zugehen lassen. Dieser Entwurf sieht vor, daß in Abänderung des Reichsbesoldungsgesetzes die Vierteljahreszahlungen vorübergehend außer Kraft treten, und daß alle Beamten ihr Gehalt nunmehr monatlich in bar ausgezahlt erhalten sollen. Zur Begründung der Vorlage werden die bekannten wirtschafts- und währungspolitischen Momente angeführt.

Beratungen über die „Goldwährung"

Berlin, 6. September.

Im Reichsfinanzministerium fand gestern eine Besprechung über die Frage der Schaffung einer wertbeständigen Währung statt, an der Vertreter der Reichsregierung, des Parlaments, der Landwirtschaft, der Banken und der Industrien teilnahmen. Die Beratungen nahmen, wie es heißt, einen sehr günstigen Verlauf, und es wird damit gerechnet, daß bereits in wenigen Tagen ein fester Plan über eine Währungsreform vorliegt.

Nach einer Mitteilung des „Vorwärts" beschäftigten sich auch die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen seit mehreren Tagen mit der Frage der Goldwährung. Sowohl der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als auch der AfA.-Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, seien der Auffassung, daß die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt in den letzten Tagen ein wertbeständiges Zahlungsmittel unbedingt nötig mache.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrates beriet gestern über die Frage der Geldkonten bei der Reichsbank. Reichsbankpräsident Havenstein erklärte, die Reichsbank beabsichtige wertbeständige Zertifikate auszugeben, die als wertbeständige Anlage oder — da sie diskontiert werden können — auch als Ersatz für ein wertbeständiges Zahlungsmittel dienen können. Der Reichsbankpräsident wandte sich dann gegen die ursprüngliche Forderung, Goldmarkkonten einzurichten gegen Einzahlung von Papiermark. Die Einzahlung von Papiermark auf Goldmarkkonten würde heißen, das Risiko der Wertbeständigkeit auf die Reichsbank zu verschieben, was eine Zentralnotenbank niemals ins Auge fassen dürfe. Die Reichsbank beabsichtige die Einrichtung von Goldmarkkonten dergestalt, daß für größere Beträge Konten eingerichtet werden, bei 80 Prozent der Einzahlung in Devisen und 20 Prozent in Papiermark. In der anschließenden Debatte wurde auch noch die Frage der Errichtung einer Privatnotenbank aufgeworfen, ohne daß hierüber jedoch nähere Beschlüsse gefaßt wurden. Der Währungsausschuß wird sich heute unter Anhörung von Sachverständigen mit diesen Fragen beschäftigen.

*

Die hungernden Massen müssen sich im klaren darüber sein, daß alles das, was die Große Koalition über Wertbeständigmachung berät und erwägt, nur geeignet sein kann, vage Hoffnungen zu erwecken. In der bankrotten deutschen Republik gibt es nichts mehr wertbeständig zu machen, solange nicht eine Arbeiter- und Bauern-Regierung um den Staat kreditfähig zu machen, die Sachwerte erfaßt und die Produktion unter die Kontrolle der Betriebsräte stellt.

Gegen die Produktionssabotage

An die gesamte Arbeiterschaft des Bezirks Halle-Merseburg!

Durch die immer mehr in Erscheinung tretende Produktionsstillegung wird die wirtschaftliche Lage der gesamten Arbeiterschaft immer mehr erschüttert. Die Zahl der Arbeitslosen schwillt von Tag zu Tag immer mehr an. Die Entlassungen nehmen überhand, ja, man droht sogar in einzelnen Fällen mit der vollständigen Schließung der Betriebe. Hier muß die gesamte Arbeiterschaft auf den Plan treten, um sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Produktionssabotage der Unternehmer zu wehren. Da diese Frage nicht allein von den Erwerbslosen geregelt werden kann, sondern nur von der gesamten Arbeiterschaft, ist es nötig, daß im ganzen Bezirk die Angelegenheit einheitlich in Angriff genommen wird, damit bei den Kommunal-, Kreis- und Reichsbehörden gleichmäßige Forderungen gestellt werden.

Alle Behörden im Bezirk müssen gezwungen werden, sich für die Durchführung folgender Forderungen einzusetzen:

1. **Durch schärfsten Druck des Demobilmachungskommissars Entlassungen seitens der Unternehmer ohne vorherige Verkürzung der Arbeitszeit Stillegungen unter allen Umständen zu verhindern.**
2. **Produktive Erwerbslosenfürsorge.**
3. **Einstellung aller Arbeitskräfte hat nur durch die städtischen oder Kreisarbeitsämter zu erfolgen.**
4. **Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Arbeitslose unter Fortfall der Karenzzeit.**
5. **Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten durch die Kommunal- oder Kreisbehörden unter Zahlung von gewerkschaftlich festgesetzten Löhnen.**
6. **Bereitstellung von Lebensmitteln für die Erwerbslosen:**
   a) **unentgeltliche Abgabe von Milch an Schwangere, stillende Mütter und Säuglinge bis zu 2 Jahren;**
   b) **Beschaffung von verbilligtem Brot und Kartoffeln;**
   c) **Abgabe der Kohlen zum Selbstkostenpreis.**

Kollegen! Diese Forderungen müssen sofort überall gestellt werden. Zu diesem Zwecke müssen überall öffentliche Gewerkschaftsversammlungen einberufen werden, die sich mit der Angelegenheit zu befassen haben. Nur durch den Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse wird es gelingen, den Einfluß der Arbeiterschaft geltend zu machen.

Drum geht sofort an die Arbeit! Reicht die Adressen der gebildeten Erwerbslosenräte an die unterzeichnete Stelle sofort ein! Es muß uns mindestens im Laufe der nächsten Woche möglich sein, einen Erwerbslosenkongreß für den Bezirk einzuberufen.

Nach Eingang der Adressen werden nähere Anweisungen noch bekanntgegeben. Die Kosten der Delegation hat jeder Ort selbst aufzubringen.

Das Gewerkschaftskartell Halle. J. A.: Foerster.
Das Bezirkskartell. J. A.: Oskar Fiedler.
Der Erwerbslosenrat. J. A.: Richard Krauße, Zenkerstr. 5.

Die „demokratischen" Sozialisten regieren...

I.

Die „Rote Fahne" ist auf acht Tage verboten worden. Jeder, der verstehen will, versteht, weshalb: Dieses Mal geht es den Gewerkschaftsbonzen, die den Severing kommandieren, nicht bloß um Abonnentenfang: sie wollen den am 9. September in Berlin stattfindenden Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg stören, deshalb lassen sie die „Rote Fahne" verbieten.

Denn daß der ganze Feldzug, der da so glorreich begonnen wurde, sich in erster Linie gegen die Betriebsräte richtet, ist klar. Es handelt sich darum, wer die Betriebsräte beherrschen soll. Und da die Frage entschieden ist, so greifen die bankrotten Lakaien der Bourgeoisie zu Puttkamerschen Methoden. Sie benutzen Hortysche und Mussolinische Methoden, sobald sie sehen, daß die Putikamerei nichts nützt.

Die Putikamerei nützt nichts. Die Frage ist entschieden, wer die Betriebsräte beherrschen soll. Ein Beispiel: Die Berliner Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale berief für den 3. September eine Delegierten-Generalversammlung ein, wo über Betriebsstillegungen gesprochen werden sollte. Die WSPD. hatte ihre Fraktion flehentlich gebeten, doch ja nicht zu schwänzen, da sonst „die Kapitalisten das Heft in die Hand bekommen". Die Versammlung fand nicht statt: Weil keine Betriebsräte kamen. Sie haben kein Interesse an den sozialdemokratischen Reden des Emil Barth und nicht für einen Groschen Vertrauen zur „legalen" Instanz. Wehmütig versucht der „Vorwärts", „geistreich" zu werden:

„Auch bei den kommunistisch eingestellten Betriebsräten scheint die starke Beanspruchung beim letzten Generalstreik noch so nachhaltige Folgen gezeitigt zu haben, daß auch sie, die damals in angeblicher Stärke von 20 000 Mann Generalstreikbeschlüsse faßten, gestern mit kaum 70 Vertretern anwesend waren."

Der kleine Schäker vergißt, hinzuzufügen, daß die Generalversammlung zurechtgeschoben ist, daß die oppositionellen Betriebsräte häufig noch heute ihre Delegiertenkarte nicht bekommen haben und daß — die erschienenen Betriebsräte im ganzen die stattliche Stärke von 120 Mann besaßen, so daß selbst hier die Kommunisten von vornherein die Mehrheit hatten.

Das Zentralstreikbruchorgan konstatiert und jammert:

„Es ist unglaublich, daß die Delegierten der Betriebsräte ihrer legalen Betriebsorganisation nicht mehr Interesse entgegenbringen."

Die Betriebsräte wissen, weshalb. Und die Bonzen wissen, weshalb sie gegen die „nicht legalen" Betriebsräteorganisationen die Polizei und die Gerichte bemühen.

II.

Die „demokratischen" Grundsätze: Freiheit der Presse, des Wortes, der Koalition haben in Deutschland seit 1918 nicht bestanden. Welch trauriger, elender, heuchlerischer Schwindel die formale „Demokratie" ist, zeigen erst recht die letzten „Heldentaten" der sozialdemokratischen Polizeiminister. Denn selbst die gerissensten Paragraphenreiter können keinen ihren Gesetzen und ihrer Verfassung entsprechenden Grund für die Polizeischikanen, Verhaftungen und Prozesse angeben.

Was beispielsweise den „Hochverrat" der Berliner Betriebsräte betrifft, so ist juristisch die Sache von vornherein oberfaul. Es wurden Kampforgane des Proletariats gebildet; sie sind da und werden weiterhin da sein. „Kampf", „Klassenkampf" — das sind äußerst gefährliche Worte! Und Herr Sollmann, Mitglied einer Partei, in deren Programm das Wort Klassenkampf immer noch enthalten ist, verbietet die „Rote Fahne". Wo gesprochen wird von Kampf, wo gesagt wird: Die Revolution kommt heran, wo gesagt wird, daß die Partei sich organisatorisch festigen soll, da sieht Herr Sollmann „Anreizung zu gewalttätiger Aenderung der Demokratie zur Sowjetrepublik" — und verbietet. (Jeder Esel kann mit dem Belagerungszustand regieren, galt einmal.) Regieren können sie nicht, und dieser Mühe werden sie, so sehr sie auch herumeseln, sehr bald enthoben sein.)

Noch unsinniger ist der Vorwurf des Hochverrats. Wir erinnern den klugen Severing nebst dem weniger klugen Sollmann daran, daß der Reichsminister Hilferding vor noch nicht langer Zeit einer Partei angehörte, deren Programm (das Leipziger Aktionsprogramm) die Diktatur des Proletariats als nächste Aufgabe des deutschen Proletariats stellte und die revolutionären Betriebsräte als Kampforgane des Proletariats bezeichnete. Da begangener Hochverrat erst nach Jahrzehnten verjährt, so fordern wir die sozialdemokratischen Minister, die Verteidiger der Demokratie, öffentlich auf, das Hochverratsverfahren gegen Hilferding zu eröffnen, der noch auf dem hallischen Parteitag der USP. die Diktatur des Proletariats propagierte (und zwar sehr heftig!) und noch auf dem letzten von den Gewerkschaften einberufenen Betriebsrätekongreß (1920) den Betriebsräten als Aufgabe stellte: Kontrolle der Produktion, Klassenkampf und Uebernahme der politischen Macht.

Um diese Dinge festzustellen, braucht man nicht einmal Protokolle zu stehlen: Man braucht nur die gedruckten Protokolle zu kaufen und mit denselben Polizeigehirnen, die heute zur Konstruktion einer Anklage gegen die kommunistischen Funktionäre angestrengt werden, die viel einfachere „Anklagen" wegen „versuchten Hochverrats" auf Grund der vorliegenden „Geständnisse" der höchst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0001

schaudervollen Tat eine Anklage zu fabrizieren, die sich sehen lassen könnte.

III.

Die Leistungen Sollmanns und Severings entsprechen in jeder Beziehung den Handlungen der Lakaien der Bourgeoisie in jeder verreckenden sogenannten Demokratie. Gegen die Deutschnationalen, die offen und frech gegen die Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen der Regierung den Kampf nicht nur propagieren, sondern organisieren (Steuersabotage, Aufrufe der Völkischen zum Sturz der Regierung und Errichtung einer nationalen Diktatur, Aufforderung der Deutschnationalen zur Errichtung der Diktatur usw.) hat keiner der „demokratischen" Sozialdemokraten auch nur einen Finger gerührt.

Und das ist verständlich. Die Einheitsfront der Gegenrevolution reicht in den Spitzen von Wulle und Hitler bis Severing und Sollmann. Ihre Mittel sind: Polizeidiktatur, und wenn diese nicht ausreicht — Faszistendiktatur.

In diesem Zusammenhang wird es gut sein, die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufmerksam zu machen auf das jahrelange, heuchlerische Geheul der Sozialdemokraten über die Diktatur in Rußland.

In Rußland existiert keine „Pressefreiheit" — aber in Rußland existiert nicht die Heuchelei der Demokratie. In Rußland hat das Proletariat seine Presse. In Deutschland existiert auf dem Papier „Demokratie", die Pressefreiheit aber existiert nur für die Feinde des Proletariats.

In Rußland existiert keine Versammlungsfreiheit — für Gegenrevolutionäre. Aber in Rußland existiert auch keine „Demokratie", die „jeden Staatsbürger" „vor dem Gesetz" „gleich" erscheinen läßt — auf dem Papier. In Deutschland dagegen werden die Versammlungen der Arbeiter belästigt, verboten, wie in Hannover von Noske sogar mit Stacheldraht umgeben. Nur die offenen Gegenrevolutionäre haben in Deutschland völlige Versammlungsfreiheit und Schutz der Polizei und Reichswehr.

Und nun das Prunkstück der Sozialdemokratie: In Rußland verfolgt die Regierungspartei der Boschewiki alle übrigen „Arbeiterparteien". Aber in Rußland ist die Bolschewikipartei getragen vom Vertrauen der breitesten Bevölkerungsmassen und die „anderen Arbeiterparteien" existieren nur in der Phantasie der sozialdemokratischen Demagogen.

In Deutschland aber läßt die Führerschaft der VSPD., die jetzt Regierungspartei ist, die wirkliche Arbeiterpartei, die KPD., durch ihre Regierungsorgane verfolgen. Hinter der VSPD., welche Massen stehen da? Die VSPD. kann das nicht beantworten, denn sie scheut sich sogar davor, auf „demokratischem" (also für sie ungefährlichem und in jedem Falle für das Proletariat ungünstigem) Wege das feststellen zu lassen: sie fürchtet sogar eine Reichstagsauflösung, die höchst „demokratische" VSPD.! Und noch hat man nichts davon gehört, daß einer der Helden der 2. Internationale aufgestanden wäre und mit jenem dröhnenden Pathos, das Ministern so wohl ansteht, seinen feierlichen Protest eingelegt hätte gegen die Verfolgungen einer Arbeiterpartei und gegen die Etablierung einer Diktatur über das Proletariat, welche die sozialdemokratischen Führer betreiben.

Arbeiter der VSPD.! Antwortet ehrlich uns und Euch, in welcher Partei Ihr seid! Wollt Ihr weiterhin diese Schergendienste Eurer Parteigenossen und Minister dulden, die nur der Reaktion und Euren Klassenfeinden zugute kommen?

Stresemanns und Geßlers Antwort an Zeigner

Geßlers Ausreden

(Eig. Drahtm.) Dresden, 6. September.

Das Reichswehrministerium hat auf die Angriffe des sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner folgendes geantwortet: „Nach der Rede Dr. Zeigners in Leipzig am 7. August erklärte das Wehrkreiskommando 4 dem Reichswehrministerium, daß es einem ehrwürdigen Soldaten nicht mehr zugemutet werden könne, mit dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner zusammen die Verfassungsfeier zu begehen und überhaupt noch weiter mit ihm zu verkehren. Der Reichswehrminister schloß sich dieser Auffassung an und wies das Wehrkreiskommando fernmündlich an, eine gesonderte Verfassungsfeier abzuhalten und jeden persönlichen Verkehr mit Zeigner solange zu vermeiden, bis die durch diese Rede geschaffene Lage geklärt sei. Der Reichswehrminister hat die Gründe seiner Haltung gegenüber dem derzeitigen sächsischen Ministerpräsidenten schon vor einiger Zeit dem Reichskabinett mitgeteilt, von einer Inanspruchnahme der Oeffentlichkeit jedoch abgesehen, um im Interesse der Staatsautorität nicht das beschämende Beispiel eines Kampfes zwischen einem Minister des Reiches und dem Minister eines Landes zu geben.

Stresemann erklärt: Geßler ist und bleibt Reichswehrminister

(Eig. Drahtm.) Berlin, 5. September.

Auf das „Ultimatum" der sächsischen VSPD., daß Geßler zurücktreten soll, hat Stresemann zwar noch nicht offiziell, aber offiziös geantwortet. Das Organ Stresemanns, die „Zeit", schreibt klipp und klar:

Zu der Zeignerschen Forderung nach dem Rücktritt des Reichswehrministers Geßler ist nur zu bemerken, daß diese Frage bereits bei der Bildung des Kabinetts endgültig entschieden worden ist, und zwar in dem Sinne, daß Herr Geßler Reichswehrminister ist und bleibt. Uebrigens würde eine Entscheidung darüber, wie über die vom Reichswehrminister befolgte Politik, nur beim Reichstag und nicht beim sächsischen Ministerpräsidenten oder dem Sächsischen Landtag liegen."

Die Verhandlungen zwischen Wels und Zeigner

Am vergangenen Mittwoch fand in Dresden eine Konferenz zwischen Wels und anderen prominenten Persönlichkeiten des Parteivorstandes der VSPD., die eigens zu diesem Zwecke nach Dresden reisten, und dem Ministerpräsidenten Dr. Zeigner statt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat über Zweck und Ergebnis dieser Konferenz detaillierte Meldungen veröffentlicht, die aber von der sozialdemokratischen Presse und auch von Zeigner und Wels selbst dementiert werden. Trotz dieser Dementis hält die Stinnespresse ihren Bericht fest.

Die Stinnespresse Sachsens bringt jetzt wieder eine Meldung aus Dresden von angeblich gut unterrichteter Seite, worin behauptet wird, daß Wels und Sollmann von Zeigner und der sozialdemokratischen Fraktion eine Kursänderung in der Richtung der Großen Koalition verlangt hätten. „Es sei ein unmöglicher Zustand — erklärten Wels und Sollmann — daß die Reichs- und die preußische Landesregierung energisch gegen die reichsfeindlichen Auswüchse der KPD. mit allen gesetzlichen Mitteln (Haussuchungen, Verhaftungen usw.) vorgehen, um einer Durchkreuzung der auf Verständigung und damit auf Ruhe und Gesundung gerichteten Reichspolitik vorzubeugen, die sächsische Regierung aber den Wünschen der KPD. in einer Weise nachgehe bzw. entgegenkomme, die unabsehbare Konsequenzen zur Folge haben müsse." Wels und Sollmann seien „nicht ohne Resultat" nach Berlin zurückgekehrt. Daran könne auch der Beschluß der VSPD. bezüglich der Fortsetzung des Kampfes gegen Geßler nichts ändern.

*

Wir sind weit davon entfernt, Meldungen der Stinnespresse unbesehen als bare Münze hinzunehmen. Wir kennen die Verlogenheit dieser Presse zur Genüge. Leider läßt die Rede Zeigners vor den Dresdner Funktionären diese Meldungen der Stinnespresse durchaus nicht als unwahrscheinlich erscheinen. Der wesentliche Kern dieser Rede war eine **Anbiederung an die Große Koalition im Reiche.** Der Tenor der Rede war: Wir müssen die **Große Koalition im Reiche stützen.** Dieselbe Große Koalition, die die **Kommunisten unter ein Ausnahmerecht stellt,** deren innen- wie außenpolitisches Programm das **Stinnesprogramm** ist.

Die Abfuhr, die Zeigner von Stresemann erteilt wird, müßte ihn belehren, daß, wer in der Politik sich **zwischen zwei Stühle** setzt, unweigerlich hinunterrutschen muß.

Entweder führt Zeigner einen ernsten Kampf gegen Geßler, dann muß er den **Kampf gegen die Große Koalition** aufnehmen — denn die Große Koalition ist die Politik Geßlers — oder der Kampf Zeigners gegen Geßler ist ein **Scheinkampf,** ein Täuschungsmanöver, das proletarische Feigenblatt für konterrevolutionäre Handlungen.

Das Proletariat kann **keine Zweideutigkeiten dulden,** am allerwenigsten in dieser gefährlichen Situation.

Die Berliner Buchdrucker zum Abbau ihres Lohnes

Nur durch Geschäftsführungskniffe der abermalige Streik verhindert

Die Berliner Buchdrucker nahmen am 3. September Stellung zu dem Lohnabkommen für die laufende Woche, daß das Abgehen von der Indexentlohnung bedeutet und den Abbau des Reallohnes. Die Errungenschaften des Berliner Streiks vom 10. August, die für das ganze Reich einen Indexlohn auf einer relativ guten Basis brachten, obwohl noch weit unter dem Friedensreallohn, sind damit preisgegeben. Die Verbandsbureaukraten und ihr Anhang sprachen für die Preisgabe dieser im Kampfe errungenen Position und gegen einen neuen Kampf zur Aufrechterhaltung des Errungenen. Ein Antrag der Opposition, den Kampf aufzunehmen, wurde von der Versammlungsleitung als abgelehnt erklärt, obwohl die Abstimmung zweifelhaft war. Die Auszählung der Stimmen wurde vom Vorstandstische abgelehnt. Man wollte unter keinen Umständen eine Mehrheit für den Streik, die sich wahrscheinlich ergeben hätte. Mit allen Mitteln sollte verhindert werden, daß ein Buchdruckerstreik nochmals der Hilferding-Regierung Schwierigkeiten macht. Das sprachen die Redner vom Vorstandstische ziemlich deutlich aus. Die führenden SPD.-Betriebsräte nahmen zum größten Teil gegen den Vorstand und gegen die Preisgabe der Lohnbasis vom 11. August Stellung und stimmten für den Streik.

Kapps Reichskanzler verhaftet

Dr. Schnitzer, der von Kapp in den Putschtagen zum Reichskanzler ernannt worden war, wurde vor einigen Tagen in München verhaftet.

Was die reaktionäre Münchner Polizei zur Verhaftung des Reaktionärs Schnitzer bewog, ist unklar. Vielleicht soll er nach bekanntem Muster „umgelegt" werden, oder er wollte irgend einen seiner faszistischen Gesinnungsfreunde „umlegen". Das trübe Wasser im Münchner Faszistensumpf ist so nicht ohne weiteres zu ergründen.

3½ Milliarden für die Arbeiterpresse

Die Arbeiter in Düsseldorf, Dortmund und Essen haben für die Papieranleihe der kommunistischen Tageszeitungen bis jetzt 3½ Milliarden Mark gezeichnet. Welcher Industriebezirk will diese proletarische Opferfreudigkeit übertreffen?

„Die dummen Spießer lachen — so lange, bis sie um einen Kopf kürzer gemacht worden sind"

Der „Völkische Beobachter" schreibt am 1. September diese Ueberschrift als Kommentar zu der Londoner TU.-Meldung über die Faszistenrüstungen in England. Also: direkte Aufforderung zum Mord. Und das einen Tag vor dem „Deutschen Tag in Nürnberg". Und da schreibt die bürgerliche Presse noch, daß die Kommunisten „Zweckmeldungen" über die Faszistenrüstungen an die Oeffentlichkeit erlassen. Was sagt der Staatsanwalt zu der „Zweckmeldung" .... bis sie um einen Kopf kürzer gemacht worden sind?

Holland, das billige Warenmagazin für deutsche Millionäre

Die holländische Presse berichtet freudestrahlend, daß die Ausfuhr an den Grenzorten, die in der Nähe Deutschlands liegen, sich täglich steigere. Die holländischen Dörfer an der deutschen Grenze werden von den Deutschen buchstäblich überschwemmt. Die Deutschen kommen nach Holland, um dort ihre Hilferdingschen Millionenscheine in Waren umzuwenden. Fett, Margarine, Speck, Kaffee, Kakao, Mehl und verschiedene Bedarfsartikel sind in Holland bedeutend billiger, als im Deutschen Reich. Die deutsche Bevölkerung des Grenzgebietes schafft Lebensmittel in großen Mengen über die Grenze. In den Grenzstädtchen schießen Wechselgeschäfte wie Pilze aus der Erde. Unter den Wechslern befinden sich, wie ein Reisender berichtet, sehr viele bekannte Gesichter, die man früher jenseits der holländischen Grenze gesehen hat. Also, Ihr Arbeiterfrauen, nehmt Eure Millionenscheine und geht nach Holland, dort bekommt Ihr mehr dafür als in Eurem Vaterland.

Der Brotpreis steigt weiter. Wie der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, kostet von morgen ab ein markenfreies Brot 1 050 000 Mark, eine markenfreie Schrippe 50 000 Mark. Die anderen Gebäckpreise werden dementsprechend erhöht.

Gemeinsamer Kampf aller Werktätigen!

Einladung der Berliner Betriebsräte an die mitteldeutschen Betriebsräte

Wir erhalten mit der Bitte um Veröffentlichung folgenden Aufruf der Betriebsräte der größten Berliner Betriebe an die mitteldeutschen Betriebsräte:

Berlin, 3. September.

Werte Kollegen!

Beim Abschluß des Berliner Generalstreiks beschloß die Groß-Berliner Betriebsrätevollversammlung die Einberufung des Betriebsrätekongresses Berlin-Brandenburg.

Der Beschluß wurde gefaßt, um alle werktätigen Kräfte im Bezirk Berlin-Brandenburg zu mobilisieren für die kommenden noch schwereren Kämpfe, die die Arbeiterschaft wird führen müssen, um das Ziel zu erreichen, das beim ersten Ansturm nicht genommen werden konnte.

Inzwischen ging bi Beourgeoisie, gestützt auf ihre sozialdemokratischen Minister, zum Gegenangriff über. Der Sozialdemokrat **Severing verbietet** den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte, verbietet den Berliner Fünfzehner-Ausschuß, verbietet die Betriebsrätebewegung überhaupt. **Denn sie wird den Geldsäcken gefährlich.** Der Sozialdemokrat Severing läßt **kommunistische Funktionäre** verhaften, weil sie ihre ganze Kraft in den Dienst der Betriebsrätebewegung gestellt haben.

Hand in Hand mit den Ministern der Bourgeoisie, die sich Sozialdemokraten nennen, arbeitet die Gewerkschaftsbureaukratie. Sie soll das tun, was ein bürgerlicher Minister, auch wenn er sich Sozialdemokrat nennt, nicht kann, nämlich die Betriebsräte- und Gewerkschaftsfunktionäre, die in treuer Pflichterfüllung gegenüber der Arbeiterschaft sich an die Spitze der Kämpfe stellten, aus den Gewerkschaften hinauswerfen und damit die Maßnahmen der staatlichen Organe ergänzen.

Alle diese Maßnahmen sind die notwendigen Folgerungen des reformistischen Bündnisses mit dem Bürgertum, sind notwendig, um die Bourgeoisie zu schützen vor dem drohenden Angriff der Arbeiterschaft, der sich notwendig entwickeln muß, aus der offen zutage liegenden Unfähigkeit der Regierung Hilferding-Stresemann, auch nur einen Schritt zu tun, im Interesse der breiten Massen der werktätigen Arbeiterschaft.

Oder sind noch Beweise notwendig für ihre Unfähigkeit? Das Klettern des Dollars und aller Preise, der Schrei von den zu hohen Löhnen, und der Hunger der Arbeiter sind einwandfreie Zeugen dafür.

Die Verbote und Verhaftungen und die Maßregelungen oppositioneller Gewerkschaftsfunktionäre durch die Bureaukratie haben den Zweck, die Arbeiterschaft **führerlos** zu machen und ihre Kampfkraft zu lähmen.

Das darf und wird nicht gelingen!

Ihr seht, Genossen, unser Kongreß steht am Vorabend schwerster Kämpfe und er soll alle Kräfte zusammenschweißen zu einer entschlossenen Kampfbereitschaft; die nächsten Kämpfe werden auch Euch, Genossen, an die Front rufen. Ihr werdet neben uns, eng mit uns verbunden, kämpfen müssen. Wir müssen uns gegenseitig stützen. Keiner von uns, ihr oder wir, kann einen Schritt zum Anfang tun, wenn er nicht gemeinsam getan wird. Wir laden Euch deshalb ein, im Namen der Großberliner Betriebsräte, an unserem Kongreß durch eine Vertretung teilzunehmen, damit wir durch unsere **gemeinsamen Beratungen** die Grundlage schaffen für unseren **gemeinsamen Kampf für das Interesse aller Werktätigen.**

Ihr wißt, welche schwere Aufgabe vor den Betriebsräten steht. Die Kraft der proletarischen Einheitsfront muß verstärkt werden. Allen Feinden zum Trotz dürfen wir nicht einen Tag säumen, die Lücken auszufüllen und die Reihen der Massen zu formieren, zu den entscheidenden Kämpfen.

Schließt mit uns die Kampfgemeinschaft der Ausgebeuteten. Durch sie werden wir den Sieg erkämpfen.

Mit proletarischem Gruß

Die Betriebsräte des Kabelwerkes Oberspree.
Der Arbeiterrat der A. E. G.-Turbine.
Der Arbeiterrat der A. E. G., Brunnenstraße.
Der Betriebsratsvorsitzende des Riebewerkes.
Betriebsrat von Bergmann-Rosenthal.
Betriebsrat des St. E. W., Rummelsburg.

Die Leunasklaven stehen auf

In einer gutbesuchten Belegschaftsversammlung beschäftigten sich die in Halle wohnenden Leunaarbeiter mit den Verlogenheit dieser Presse zur Genüge. Leider läßt die Rede Zeigners der direkt menschenunwürdige Verhältnisse zur Sprache kamen, zeigten die Leunaarbeiter durch Annahme einer Resolution, daß sie sehr gut die Triebkräfte ihres Elends erkennen und daß sie die Vorbedingungen zu einer Besserung ihrer Lage zu ergreifen bereit sind:

Die am 5. September in Halle im „Volkspark" versammelten Leunaarbeiter erkennen immer mehr, daß ihre wirtschaftliche Lage, insbesondere ihre Arbeitsbedingungen, nicht gebessert werden, solange die drakonischen Bestimmungen der Arbeitsordnung aufrechterhalten bleiben. Der Betriebsrat und die Gewerkschaften, deren ausschließliche Aufgabe es ist, sich um die Interessen der im Leunawerk beschäftigten Arbeiter zu kümmern, haben bis auf den heutigen Tag nichts Wesentliches unternommen, um der eines freien Arbeiters unwürdigen Arbeitsordnung die schlimmsten Giftzähne auszubrechen. Auf diese Passivität des Betriebsrates und der zuständigen Berufsorganisationen ist es zurückzuführen, daß die Bestimmungen der Arbeitsordnung noch eine wesentliche Verschärfung erfahren. Diese Passivität der Arbeiterorganisationen und ihrer Organe ist im Grunde genommen die Fortsetzung der alten Taktik, es mit dem Großkapital in den Arbeitsgemeinschaften nicht zu verderben. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß in die gegenwärtige Regierung Sozialdemokraten eingetreten sind, deren Regierungserklärungen darin gipfeten, die notleidende Bevölkerung in ihren berechtigten wirtschaftlichen Kämpfen gegen das Kapital zu unterstützen. Der Kurs der Regierungspolitik eines Stresemann und Hilferding bis auf den heutigen Tag beweist, daß die schwerarbeitende Bevölkerung in keinerlei Weise auf eine Hilfestellung in ihren berechtigten Kämpfe von dieser Regierung zu erwarten hat. Die Ueberzeugung drängt sich immer mehr auf: will die arbeitende Bevölkerung ihre berechtigten Forderungen durchsetzen, dann gibt es nur einen Weg, nämlich den des geschlossenen Handelns in gemeinsamer Kampffront, um den wirtschaftlichen und politischen Forderungen Nachdruck zu verschaffen.

Zu einer wirksamen Betriebsvertretung und Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen, insbesondere der Schaffung einer menschenwürdigen Arbeitsordnung, sind in erster Linie die Gewerkschaften und der Betriebsrat verpflichtet, deren Aufgabe es ist, das bisher in geradezu leichtfertiger Weise Versäumte nachzuholen.

Die heute versammelten Leunaarbeiter erwarten daher von den berufenen Gewerkschaftsinstanzen, daß sie sich mit aller Entschiedenheit nunmehr für die berechtigten Interessen einsetzen, andernfalls sie als die Verantwortlichen betrachtet werden müssen, die zur Versklavung der Leunaarbeiter durch das Chemiekapital ihre Hände gereicht haben.

Die am Schluß der Versammlung vorgenommene Sammlung ergab den ansehnlichen Betrag von 10 142 475 Mk.

Einheitsfront der Ruhrarbeiter

(Eig. Drahtm.) Essen, 6. September.

Die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet schließt in ihrem Kampfe um ihre Existenz die Einheitsfront der französischen Besatzungsarmee, dem deutschen Unternehmer und der deutschen Polizei gegenüber. Bei den letzten Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit haben die Kohlenindustriellen versucht, die Vertretung der Essener Stadtverwaltung von den Verhandlungen fernzuhalten. Ueber die Maßregelungen zu verhandeln, lehnten die Unternehmer kategorisch ab. Bei den Verhandlungen zeigte es sich, daß die Unternehmerschaft bereit ist, einen neuen Kampf zu provozieren.

Die Zeche Hagenbeck ist seit Montag von deutscher Polizei besetzt. Die Arbeiterschaft weigert sich, unter Polizeiaufsicht zu arbeiten. Als eine Versammlung der Bergarbeiter auf dem Zechenplatz abgehalten werden sollte, wurde diese Versammlung von der deutschen Polizei auseinandergetrieben. Daraufhin haben die Arbeiter ihre Versammlung auf freiem Felde abgehalten und beschlossen, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Zeche von der Polizei geräumt sei.

*

Deutsche Polizei im Dienste der Franzosen

(Eig. Drahtm.) Essen, 6. September.

Die Zeche Emil ist seit einigen Tagen von deutscher Polizei und Feuerwehr besetzt. Die Franzosen verlangen, daß die Bergarbeiter unter ihrer Regie die Arbeit aufnehmen. Sie verlangen ferner, daß die Betriebsräte ihre Funktionen niederlegen. Die Arbeiterschaft hat es abgelehnt, ohne Betriebsräte und unter französischer Regie zu arbeiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0002

Sollmann hat den Sollmann verboten!

Die verbotene Begründung des Verbots der „Roten Fahne"

Wenn wir beim Geschichtsstudium lesen, daß im Mittelalter die katholische Geistlichkeit in den schweizerischen Urkantonen den Bauern das Lernen von Lesen und Schreiben untersagte, so ist das für uns ohne weiteres verständlich. Wenn aber eine Regierung, die angibt, die beste demokratische Regierung der Welt zu sein, nicht zuläßt, daß die Begründung eines von ihr ausgesprochenen Verbotes nicht veröffentlicht werden darf, so ist das für uns im ersten Augenblick nicht verständlich. Erfahren wir aber, um was für eine Begründung es sich handelt, so verstehen wir sofort diesen Rückfall in mittelalterliche Rechtszustände.

Das Reichsministerium des Innern (verantwortlich Wilhelm Sollmann, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) hat ein Verbot gegen die „Rote Fahne" erlassen. Diesem Verbot ist eine Begründung beigefügt. Die Redaktion und der Verlag der „Roten Fahne" haben nun an ihre Leser eine Mitteilung ergehen lassen, in der sie das Verbot und die Begründung veröffentlichen. Als der Verlag diese Mitteilung seinen Lesern zugänglich machen wollte, erschien wiederum die Polizei und beschlagnahmte das Mitteilungsblatt an die Abonnenten der „Roten Fahne". Dieselbe Reichsregierung, die die Verbotsbegründung erlassen, verbietet nun die Veröffentlichung ihrer Begründung.

Um der Arbeiterschaft und dem Mittelstand diese Maßnahme verständlich zu machen, geben wir den Wortlaut der Begründung wieder:

Begründung.

Die „Rote Fahne" vom 19. August und die „Rote Fahne der Lausitz", die „Rote Fahne für die Provinz Brandenburg" sowie die „Volkswacht" vom 21. August enthalten unter der Ueberschrift

„Der Proteststurm gegen Severings Ausnahmegesetz bricht los"

die Forderung nach Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung und nach Beseitigung der Regierung Stresemann-Schmidt.

Die gleiche Nummer enthält unter der Ueberschrift:

„Vom Bürgerkrieg;

der Handstreich glückte" die Auslassung:

„Ob der Aufmarsch des Proletariats zwecks seiner Verteidigung durch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung erleichtert wird oder ob die Partei allein das Proletariat zur Verteidigung sammelt und den Kampf führen muß, wird die Zukunft zeigen. Ob aus dieser Abwehrschlacht das Proletariat zum Gegenangriff übergehen wird, hängt von dem Kräfteverhältnis, von dem Gange der Schlacht und nicht minder von der richtigen Führung des Kampfes ab."

Des weiteren wird in dem Artikel von der **Notwendigkeit einer Zentralisation der politischen und militärischen Führung sowie eines gut funktionierenden Nachrichten- und Uebermittelungsdienstes** gesprochen und schließlich der Satz geprägt:

„Das deutsche Proletariat bildet den Kern seiner Klassenarmee im Gegensatz zu den russischen Arbeitern und Bauern schon in dem Kampfe um die Macht heran. Die Hauptmasse der russischen Roten Armee sind die Bauern, die der deutschen sind die Industriearbeiter.

In Deutschland wird man sich nicht in den Städten „verkriechen" können, da die Entscheidungskämpfe geliefert werden, wo das Proletariat seine Kaserne, die Betriebe, hat, wo es seine Abwehrhundertschaften organisiert."

Der Artikel in der gleichen Nummer,

„Die Front im Bürgerkriege",

handelt über die Taktik, die in einem solchen Bürgerkriege zu befolgen ist. Es werden hier, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Deutschland, die Erfahrungen besprochen, die die **Rote Armee in Rußland** in ihrem Kampfe mit der Weißen Armee gemacht hat, um hieraus die entsprechenden Nutzanwendungen zu ziehen.

In der gleichen Nummer der „Roten Fahne" vom 19. August wird unter der Ueberschrift:

„Zur Frage der Arbeiter- und Bauern-Regierung"

ebenfalls der Bürgerkrieg besprochen und die Frage erörtert, wie der zum Zweck der Erreichung der Arbeiter- und Bauern-Regierung zu führende Bürgerkrieg mit möglichst geringen Opfern für die Arbeiterklasse zu führen ist. Es wird zu diesem Zweck ein Bündnis mit dem Kleinbauerntum für notwendig erachtet. Im weiteren Inhalt dieses Artikels wird ausgeführt, daß der Glaube, ohne Produktionsstörung die Revolution durchführen zu können, unkommunistisch und naiv sei.

Auch die landarme Bauernschaft könne ihren Landhunger nur durch die Revolution stillen.

Auch in dem in der gleichen Nummer enthaltenen Artikel

„Neuen Kämpfen entgegen"

wird von der Vorbereitung für die kommenden großen Kämpfe gesprochen und als erstes Gebot der Kommunisten die Notwendigkeit betont, die organisatorische Kampftätigkeit zu erhalten.

Die „Rote Fahne der Lausitz" vom 19. August enthält unter der Ueberschrift „Zum neunten internationalen Jugendtag in Forst" einen Aufruf an alle Ortsgruppen der Kommunistischen Jugend, der u. a. folgendes enthält:

„Wir als Proletarier haben nichts weiter zu verlieren als unsere Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. Im Zeichen der internationalen Einheitsfront des Proletariats, im Zeichen des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft, im Zeichen der Erreichung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung wollen wir unsern neunten Internationalen Jugendtag in Forst begehen. Kommunistische Jugend, kommunistische Parteien, arbeitende Jugend! Heraus zur Kampffront!"

In der „Volkswacht" vom 19. August wird unter der Ueberschrift „Glückstadt. Aus der Generalstreikbewegung" gesagt:

„Auch die augenblicklich rein wirtschaftlichen Fragen erfordern zu ihrer Durchführung eine Arbeiter- und Bauern-Regierung, Kontrollausschüsse und dahinter proletarische Hundertschaften."

Die „Rote Fahne" vom 21. August enthält unter der Ueberschrift:

„Vorbereitung zum neuen Kampf"

folgende Aussprüche:

„Neue schwere Kämpfe stehen bevor! Arbeiter, Angestellte, Beamte! Rüstet in jedem Betrieb!
Arbeiterkontrolle und Arbeiter-Regierung — das sind unser Ziele.
Die revolutionäre Betriebsratebewegung kristallisiert — das ist unsere Kampfloosung.
Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Rüstet zum Kampf!"

In der gleichen Nummer wird unter der Ueberschrift:

„Arbeiter und Soldat"

die Zuschrift eines ehemaligen aktiven Offiziers namens Hans von Hentig in München veröffentlicht, in der ebenfalls vom zukünftigen Kampf die Rede ist und gesagt wird:

„Dagegen soll die Arbeiterschaft, soll die organisatorische Form seiner aktivsten Zerdrückten, der Kommunismus wissen, daß Hunderte von alten Frontoffizieren, denen Deutschland wirklich über alles geht, über jede soziale Umwälzung, über jede politische Umformung, über die eigenen festgewurzelten Anschauungen an seiner Seite im gleichen Schritt und Tritt marschieren werden, wenn einmal die Trommel zum Streite ruft!"

Die „Rote Fahne", Reichsausgabe vom 21. enthält einen Artikel von Karl Radek:

„Die Regierung Stresemann",

in welchem die Kommunisten als der Vortrupp der deutschen Revolution und das Ruhrbecken als das Herz der Revolution bezeichnet wird.

In der gleichen Nummer wird unter der Ueberschrift:

„Möge auch das Proletariat sich vorbereiten"

aus Gussews Broschüre: „Lehren des Bürgerkrieges" wörtlich zitiert:

„Das befreit jedoch das westeuropäische Proletariat und die kommunistischen Parteien nicht von der Pflicht, schon jetzt an die vorbereitenden Arbeiten für die Schaffung der künftigen Roten Armee zu schreiten. Das Studium des Kriegswesens, das Studium der Erfahrungen der Bürgerkriege, die Vorbereitungen des künftigen Roten Kommandos und Kommissarpersonals: das sind die nächsten Aufgaben des westeuropäischen Proletariats, das sind die Aufgaben von heute . . . .

Zu diesem Zweck muß schon jetzt eine Vorbereitung aller notwendigen Bestandteile der künftigen regulären Roten Armee nach einem im voraus durchdachten Plan geschritten werden.

Diese Aufgabe liegt vom revolutionären Vortrupp des Proletariats, der Kommunistischen Partei ab, die Aufgabe ist schwierig, doch wer die sozialistische Revolution durchführen will, der muß auch auf die größten Schwierigkeiten gefaßt sein."

Die „Rote Fahne" vom Sonntag, dem 26. August, enthält unter der Ueberschrift: „Zwei Tage durch Berlin" eine Aufhetzung aller Bevölkerungskreise, wie insbesondere aus den Untertiteln erkennbar ist. Der Artikel beginnt mit dem Aufsatz:

„Die heranrollende Revolution"

und schließt mit der deutlichen Aufforderung „macht ein Ende"! Am Schluß des letzten Absatzes heißt es dann „. . . Darüber wird diskutiert, was man tun soll, nicht mehr darüber, daß etwas geschehen muß, mit **anderen politischen Mitteln** als bisher."

In der gleichen Nummer wird, wiederum im Feuilleton, unter der Ueberschrift „Die Bolschewiki und der bewaffnete Aufstand" und „Ratschläge eines Fremden" eine ausführliche Anweisung über die Durchführung eines bewaffneten Aufstandes in allen Einzelheiten gegeben.

Die „Rote Fahne", Nr. 202 vom 1. September 1923, die „Rote Fahne für die Provinz Brandenburg", die „Rote Fahne für die Lausitz", die „Volkswacht" vom 3. September (Ausgabe Nr. 199) enthalten ferner übereinstimmend einen Aufruf der Zentrale der KPD. mit dem Titel

„Arbeiter, Angestellte, Beamte!"

in dem es u. a. heißt:

„Entweder erkämpfen sich die Ausgebeuteten in Deutschland ihre revolutionäre Regierung, die mit den Organen des Proletariats, Betriebsräten, Kontrollausschüssen und Hundertschaften Ordnung schafft im proletarischen Deutschland und im Bund mit Sowjet-Rußland einen ehernen Block von Stillen Ozean bis zum Rhein bildet; oder aber die Ausbeuter errichten eine faszistische Diktatur, verschachern die deutsche Wirtschaft an die Ententeimperialisten und schlachten an die 10 Millionen deutscher Proletarier kalt durch Hunger, und, wenn sie sich regen, mit Handgranaten und Maschinengewehren ab.

Und die Kommunistische Partei ruft den Ausgebeuteten in Deutschland, den Arbeitern, Angestellten, Beamten, den Kleinbauern, den Kleinhändlern, Mittelständlern zu: die Zeit ist nicht mehr fern, wo Ihr Euch zu entscheiden habt, ob Ihr das erkämpfen wollt, was Ihr schon für den ersten Anfang braucht:
Kontrolle der Produktion,
Erfassung der Sachwerte,
revolutionäre Regierung der Arbeiter und Kleinbauern, oder ob Ihr kampflos Euch in den Abgrund schleudern lassen wollt, aus dem Euch, so weit Ihr dann noch lebt, erst die nächste Welle der Revolution herausspülen kann.

Die Kommunistische Partei wird, wie man sie auch verfolgen mag, ihre Pflicht tun. Sie ruft den Massen zu:

Auf zum Kampf — dann ist der Sieg sicher!"

Die „Rote Fahne" vom 1. September (Nr. 202) enthält ferner in dem Beiblatt unter der Ueberschrift: „Auf zur entscheidenden Schlacht" folgendes:

„Über Narren sind es, die da glauben, die Revolution verbieten zu können . . .
Für uns aber, und vor allem aber auch für uns Junge, heißt es, die Revolution mit Bewußtsein und Willen zu stärken.

Der neunte internationale Jugendtag muß zum Kampftag der gesamten Arbeiterjugend werden, die sich für die kommenden Kämpfe formiert . . .

Der 2. September muß der Tag des gesamten Proletariats sein, an dem es seine Kampfkraft fester schließt und seine Kräfte prüft und sichtet, um den Klassenkampf zum Abschluß, zum Sturz der Großen Koalition, zur Bildung einer revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung . . . zu bringen.

Auf, schließt die Reihen; auch der letzte Mann gehört an die Front!"

Dasselbe Beiblatt enthält unter der Ueberschrift

„Schließt die Front"

ein Gedicht von Hardy Worm, das als Aufforderung zum Bürgerkrieg wie folgt ausklingt:

„Formiert Euch stolz zum letzten Krieg!
Seid einig, tapfer bis zum Sieg!
Entfaltet Fahnen rot in rot,
Und fürchtet nicht den Opfertod!"

Sämtliche vorerwähnten Ausführungen enthalten eine Aufforderung und Anreizung zur gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der verfassungsmäßig festgestellten republikanischen Staatsform. Sie sind dazu bestimmt und geeignet, die Leserschaft auf den gewaltsamen Umsturz von der Demokratie zur Sowjetrepublik vorzubereiten und sie zur Vorbereitung und Teilnahme daran zwecks Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung anzureizen. Sie reizen dazu gleichzeitig in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten, namentlich zum Bürgerkrieg auf.

Hiernach rechtfertigt sich das Verbot gemäß § 1 Abs. 1 der genannten Verordnung.

Gegen diese Verfügung ist binnen zwei Wochen nach Tage der Zustellung ab das Rechtsmittel der Beschwerde beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zulässig. Die Beschwerde ist bei mir einzureichen. Sie hat keine aufschiebende Wirkung.

gez. Sollmann.

Leser, Du begreifst nun doch, warum die Veröffentlichung dieser Begründung verboten wird!

Die französische Hungerknute gegen die Bergarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Gelsenkirchen, 6. September.**

Die französische Besatzung verweigert seit mehreren Tagen den Bergarbeitern ihre Deputatkohle. Die Besatzungskommandantur verlangt von den Bergarbeitern, daß sie unter französischer Regie Kohlen fördern. Wer sich dieser Forderung nicht fügt, wird aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Neue Milliardenräubereien der Franzosen

(WTB.) **Mülheim, 6. September.**

Auf dem Wege zur Reichsbank wurden gestern 500 Milliarden Mark, in einer Handkarre untergebrachte unnumerierte Reichsbanknoten von den Franzosen weggenommen. Die Handkarre wurde mit dem Gelde zur Kaserne gefahren.

(WTB.) **Duisburg, 6. September.**

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" berichtet, erschienen belgische Kriminalbeamte gestern vormittag auf der Stadthauptkasse und nahmen 63 826 450 000 Mark fort, die zur Auszahlung für Erwerbslose und Kurzarbeiter bestimmt waren.

(WTB.) **Dortmund, 6. September.**

Den Kassenboten Pasel und Weber des Bankhauses Ohnesorge wurden gestern auf dem Wege zur Diskontogesellschaft 60 Milliarden, einem Boten der Darmstädter und Nationalbank auf dem Wege nach Hörde 25 Milliarden Mark von den Franzosen fortgenommen.

Ernste Lage im Balkankonflikt

Neue Vertagung in Genf

Genf, 5. September.

Der Völkerbundrat, der sich heute mittag 11½ Uhr mit dem griechisch-italienischen Konflikt beschäftigte, hat auch heute noch keine Entscheidung gefällt. Die Situation ist aber, wie aus den Erklärungen von Salandra, Politis und Lord Robert Cecil hervorgeht, als äußerst ernst zu betrachten. Salandra stützte sich in seinen Ausführungen hauptsächlich auf die Tatsache, daß Italien der verletzte und der allein klageberechtigte Teil sei, daß die Botschafterkonferenz die allein zuständige Instanz sei, und daß es nicht angehe, daß der Völkerbundrat etwa nur den letzten Teil dieses Konflikts isoliert betrachte.

Die Sitzung wurde vertagt, um den Delegierten, wie Lord Robert Cecil sagt, Gelegenheit zu geben, die Artikel 10, 12 und 13 des Versailler Vertrages zu studieren.

Vom Tage

Dreizehn weitere Städte zerstört

Brutalität der japanischen Ausbeuter

Paris, 5. September.

Nach einer Havasmeldung aus Neuyork sind dreizehn weitere Städte, darunter Odawara, Hatschiodschi, Tschiba, Kamakaki, Koko, Gotemba, Atami, Mito, Jokosuka und Schimudsu vollkommen zerstört worden.

Paris, 5. September.

Die heutigen Nachrichten aus Japan bringen genauere Angaben über die Katastrophe, von der sich jetzt sagen läßt, daß sie ihresgleichen in der Geschichte nicht hat. Die Behörden von Tokio geben die Zahl der **Menschenopfer auf 500 000 an.** Tokio selbst hat 200 000 seiner Bürger verloren. 350 000 Häuser sind in Tokio vernichtet. Ojhima ist verschwunden! Die Bonisinseln sind durch Ueberflutung zu kahlen Flächen geworden oder gleichfalls untergegangen. Die Erdstöße haben gestern noch angedauert, noch immer fällt der Regen in Strömen und der Sturm treibt das Wasser ins Land. Nur die Eindämmung des Feuers ist gelungen. **Grauenhafte Einzelheiten** werden berichtet. Als der Bahnhof von Uyero zu brennen anfing, flüchteten Tausende in den benachbarten Park. Aber als die Menschenmassen sich auf den Rasenplätzen zu sammeln begannen, trieb die Explosion eines Gasbehälters die Fliehenden zur Umkehr und sie waren nun zwischen zwei Feuern gefangen. **Viele Frauen und Kinder wurden buchstäblich zu Tode getreten.** Ein Kampf brennender Leiber begann, bis die Trümmer das Geschrei erstickten. Eine Tragödie war der **Untergang der Baumwollspinnerei von Sticonofa. Hier hatten am Tage vorher die Arbeiter mit dem Streik gedroht, und die Besitzer hatten 17 500 Leute in die Arbeitersäle eingesperrt, um ihren Anschluß an die Streikenden zu verhindern. Das Erdbeben warf das Gebäude zusammen, Feuer brach aus, und ohne Möglichkeit einer Rettung verbrannten die 17 500 Menschen vor den Augen ihrer entsetzten Genossen. Nur wenige wurden gerettet.**

London, 5. September.

Nach Blättermeldungen aus Osaka sind 500 Ausländer im Bezirk Jokohama und in Osaka getötet worden. Der Klub und ein französisches Waisenhaus mit **60 Schwestern und 10 Kindern** wurden bis auf die Grundmauern zerstört und alle Insassen getötet. Kaum ein einziges Mitglied der Konsulatsfäße in der Nachrichtenstelle ist am Leben geblieben.

London, 5. September.

Das große Erdbeben hat die japanische Regierung vor fast unlösbare Probleme gestellt. Zunächst hat sie so schnell wie möglich **zwei Millionen Obdachlosen,** die sich ohne die nötigste Kleidung und ohne Nahrungsmittel befinden, Hilfe zu verschaffen. Man veranschlagt den bisherigen Schaden, soweit er zu überblicken möglich ist, und soweit die Regierung dafür aufzukommen hat, auf etwa **25 Milliarden Goldfranken.** Das Verpflegungsproblem ist mit der Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung eng verknüpft. Die **hungernde Menge in Tokio** hat bereits **gemeutert,** und die Gendarmerie mußte mit blanker Waffe eingreifen. Eine große Anzahl Plünderer wurde an Ort und Stelle erschossen.

London, 5. September.

In Neuyork verlautet, daß Jokohama und Tokio jetzt völlig von einem Truppenkordon umgeben sind. Niemand wird in die Städte hinein-, ebenso keiner aus Tokao und Jokohama herausgelassen. Der größte Teil der obdachlosen Bevölkerung lagert auf freiem Felde in der Umgebung der Stadt. Reisrationen werden in kleinen Mengen an in Lumpen gehüllte Frauen, Männer und Kinder verteilt.

Aus der Provinz

Schupo gegen das Jungproletariat

Am 9. Internationalen Jugendtag der KJ. in Bitterfeld zeigte sich bereits am Vormittag unter den Beamten der Bitterfelder Schupo eine wahrscheinlich von Sozialdemokraten und Herrn Schleich genährte Nervosität und Angst vor dem kommenden Putsch der Kommunistischen Jugend. Als ein rheinländischer Genosse im Auftrage der revolutionären Arbeiterschaft den Anwesenden Jugendlichen und Erwachsenen die proletarischen Grüße und das Gelöbnis der unverbrüchlichsten Solidarität überbrachte, zersprengte Schupo in Begleitung von Geheimpolizisten und Spitzeln den Kreis der Zuhörer und wollte den Genossen verhaften, weil, — ja weil die Große Koalition, und mit ihr im Bunde die Sozialdemokratie, revolutionäre Grüße und Gelöbnisse der Solidarität im proletarischen Klassenkampfe nicht wohl zu vertragen vermag. Dem Genossen gelang es zu entkommen. Darauf kam ein ganzes Auto mit Grünen und Spitzeln, um weitere Verhaftungen von inländischen Genossen vorzunehmen. Und so wechselten sich, während die Veranstaltung, die infolge dieser Gewaltakte in einen wuchtigen Protest umschlug, zu Ende ging, Besuche von Schupo und Spitzeln ab, um ja nicht Vorwürfe der Bitterfelder Sozialdemokraten über Begünstigung des Putsches der Kommunistischen Jugend erleiden zu müssen.

Die Situation ist klar. Die Schupo in Bitterfeld, die während des Generalstreikes dem kämpfenden Proletariat die Sympathie ausdrückte, ist zum Werkzeug des Schleich und sozialdemokratischer Regierungsparteiler geworden. Den Beamten rufen wir als junge Kämpfer der proletarischen Revolution zu: „Aendert das, stellt Euch mit der revolutionären Arbeiterschaft in eine Kampffront gegen Koalition, Hunger und Elend." Für das sozialdemokratische Proletariat gibt nur noch eine Losung: Heraus aus der Partei, hinein in die KPD.! Oder wollt Ihr noch länger Verteidiger einer Koalition sein, die Schupo zur Kontrolle der revolutionären Arbeiterjugend noch auf den Bahnsteig schickt, wie am Sonntag in Bitterfeld, und Plakate bitterster Wahrheit, wie das der Kommunistischen Jugend mit dem Bilde „Koalitionskunst", Finanzminister Hilferding darstellend, wie er dem Proletariat aus einem großen Sack Papierfetzen, alte ehemalige Mark-, 2-Mark- und 50-Mark-Scheine mit dem Ueberdruck eine Billion u. dgl. ausschüttet, und dem Kapital Goldmark gibt. Zieht die Konsequenz! Nur einen Kampf gibt es noch, es muß im Verein mit der KPD. und Jugend gegen die Große Koalition und ihre willigen Schergen, für die Arbeiter- und Bauern-Regierung mit ihren roten Abwehrformationen gekämpft werden.

In Delitzsch fand am Sonnabend eine internationale Kundgebung statt, die sehr gut besucht war. Nach dem Referat des Genossen Baumgärtel, sprach ein ungarischer Genosse. Er schilderte uns die Lage des von den Weißen Garden mit den brutalsten Mitteln geknechteten ungarischen Proletariats. Nach ihm brachte ein Tscheche in seiner Muttersprache uns die Grüße des tschechischen Proletariats. Sehr gut entrollten dann noch die Genossen aus dem Ruhrgebiet und aus Bayern ein Bild über die Lage ihrer Brüder, deren Kampf ein noch viel schwererer ist als der unsre. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

An alle Opfer der kapitalistischen Schandjustiz!

Die am 1. September 1923 zu Delitzsch aus Anlaß des 9. Internationalen Jugendtages abgehaltene internationale Kundgebung hält es für ihre vornehmste Pflicht, allen in den Kerkern der Bourgeoisie in allen Ländern schmachtenden Genossen brüderliche Grüße zu entbieten. Wir versprechen Euch am heutigen Tage aufs Neue unsere ganze Kraft einzusetzen, bis der Kapitalismus geschlagen am Boden liegt. Dann ist auch für Euch die Stunde der Befreiung da. Dann kommt der Tag, wo wir uns rächen werden für all die Unbill, die ihr ertragt. Es lebe der Sieg der Arbeiterklasse! Es lebe die Weltrevolution!

Die Sammlung für den Liebknecht-Fonds ergab 13 Millionen Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0003

Unsere Trägerinnen kassieren die erste Ratenzahlung von 1100000 Mk. ein. Leser, legt das Geld bereit!

Licht-Spiele

Am Riebeckplatz.

Ab morgen, Freitag!

Große Bühnen- 7 und Film-Tage!

Das entzückende und reizvolle Singspiel:

Eine Weinprobe.

Singspiel von C. Heimerding.

3841 Künstlerische und Spielleitung: Dir. W. Schur.

Der große Filmteil:

Die Tat des Daniel Swift.

Ein Drama der Gesellschaft in 6 Akten, durchwoben von tragischem Liebesspiel.

Anfang Wochentags 4 Uhr.

Große Ulrichstraße 51.

Schon heute! beginnen wir mit der Aufführung des phänomenalsten Films seit Bestehen der Lichtspielkunst:

Mit Stanley im dunkelsten Afrika.

6 Episoden! Zum Teil prachtvoll koloriert. Jede Woche eine Episode. 36 Akte!

Der Siegeszug menschlichen Geistes nach dem dunklen Erdteil.

Hierzu:

Das prachtvolle Beiprogramm.

Die im Verlage Brockhaus, Leipzig, erschienenen Bände über Stanley sind an der Theaterkasse käuflich zu haben.

Anfang Sonntags 3 Uhr.

K.P.D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Graphisches Gewerbe. Montag, 10. September, abends pünktlich 1/8 Uhr: Versammlung aller kommunistischen Mitglieder des graphischen Gewerbes in der „Produktiv-Genossenschaft". Wichtige Tagesordnung.

Metallarbeiter. Freitag, 7. September, abends 6 Uhr, im Rauchzimmer des „Volksparks": Fraktionssitzung.

6. Distrikt. Freitag, 7. September, abends 8 Uhr, im Restaurant „Goldene Kette", Alter Markt 41: Distriktsversammlung. Referent: Genosse Mengel.

Distrikt 7a. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, im Südpol: Distriktsversammlung. Funktionäre um 7 Uhr. Referent zur Stelle.

Distrikt 8. Sonnabend, 8. September, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Distriktssitzung. Hundert- u. Zehnerschaftsführer eine Stunde früher.

Distrikt 10. Freitag, 7. September, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Distriktsversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Distrikt 17. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, in der „Sonne": Distriktsversammlung. Funktionäre müssen auf alle Fälle erscheinen.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Halle-Saalkreis

Dölau, Lieskau, Schiepzig, Lettin. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, bei Dierschke, Dölau: Oeffentliche Versammlung. Thema: Die Arbeiterschaft und die Gewerbeladenstreuer.

Spickendorf. Sonnabend, 8. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Jenzsch: Distriktsversammlung.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, bei Freudenberg: Mitgliederversammlung. Kein Genosse darf fehlen.

Pratau. Freitag, 7. September, abends 8 Uhr, beim Genossen Gorges: Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen ist dringend geboten.

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Sonnabend, 8. September, abends 8 Uhr, im „Tivoli": Sehr wichtige Funktionärversammlung. Referent: Genosse Kant, Halle.

Kreis Torgau

Dommitzsch. Sonnabend, 8. September, abends 8 Uhr, in der „Konzerthalle": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse O. Killan, Halle.

Belgern. Sonnabend, 8. September, abends 8½ Uhr, bei Richter: Mitgliederversammlung. Sämtliche Genossen müssen wegen des am Sonntag stattfindenden Parteifestes erscheinen.

Kreis Liebenwerda

Naundorf (Lauchhammer). Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, bei Dowbowsky: Mitgliederversammlung.

Gockritz. Sonnabend, 8. September, nachmittags 6 Uhr, im „Volkshaus": Sehr wichtige Zusammenkunft aller Gemaßregelten.

Kreis Merseburg

Mücheln. Sonnabend, 8. September, abends 6½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Distriktsversammlung für die Ortsgruppen Querfurt, Göhrendorf-Nehmsdorf, Mücheln, Neumark, Braunsdorf, Kaynn, Frankleben und Beuna.

Distrikt Köschau, Gr.-Lehna, Altranstädt, Schladebach, Dürrenberg, Leuna und Goddula. Sonnabend, 8. September, abends 6½ Uhr, in der Bahnhofswirtschaft in Köschau: Distriktsvollversammlung.

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 7. September, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": Diskussionsabend. Jeder Funktionär muß erscheinen.

Laucha. Sonnabend, 8. September, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Zeitz

Hohkeg. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, im Gasthof Brühl: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Smolka, Weißenfels.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen. Freitag, 7. September, abends 7½ Uhr, im Gasthof Hermann: Generalversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen eines jeden Mitgliedes erforderlich.

Alle Literaturobmänner

der Ortsgruppen müssen in jeder Parteiveranstaltung unsere Literatur auslegen und den Besuchern anbieten.

Ortsgruppen, die noch keinen Literaturobmann gewählt haben, tun dies unbedingt in der nächsten Mitgliederversammlung.

Genossen, werbt und wirkt für unsere Bezirks-Buchhandlung, die stets ein reichhaltiges Lager in politischen, wissenschaftlichen und schöngeistigen Schriften unterhält. Auch können Schreibmaschinen aller Art von uns bezogen werden.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

E. G. m. b. H.

An unsere Mitglieder!

Durch die wirtschaftliche Entwicklung seit der letzten Generalversammlung im März d. J. macht es sich notwendig, die auf 1000 Mk. lautende Anteilsumme wesentlich zu erhöhen, um der Genossenschaft die erforderlichen Betriebsmittel zu beschaffen. Der Dollar, der das Barometer für die Preisgestaltung in Deutschland geworden, ist seit März bis jetzt von 20000 Mark auf über 20 Millionen gestiegen. Die früher von unseren Lieferanten gegebenen Kredite sind nicht nur in Fortfall gekommen, sondern die Bezahlung der Ware muß nunmehr im voraus erfolgen. Da wir, besonders die Zeitungsdruckerei, ein gleiches von den Lesern des „Klassenkampf" in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage des Einzelnen nicht im gleichen Maße so verlangen können, sind wir gezwungen, an unsere Mitglieder um Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel heranzutreten.

Die Gesamtverwaltung hat in ihrer Sitzung vom 5. d. M. in der Ueberzeugung, daß jedes einzelne Mitglied unserer Genossenschaft die Notwendigkeit dieser Maßnahmen erkennen wird, beschlossen,

2 Millionen Mark

als Vorauszahlung auf die von der nächsten Generalversammlung zu beschließende Anteilerhöhung sofort zu erheben.

Wir bitten alle Genossen, soweit sie dem Raubzug der kapitalistischen Meute noch nicht zum Opfer gefallen sind, dem nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Beschlusse zu folgen und den geforderten Betrag sofort in unserer Kasse, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 28, oder durch Postscheck an: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Postscheckkonto Leipzig Nr. 1068 82, unter genauer Angabe der Adresse und der Mitgliedsnummer zu zahlen.

Wer in der Lage ist, einen größeren Betrag zu zahlen, möge dies im Interesse seines Unternehmens recht bald tun. Die gezahlten Beträge bleiben immer Eigentum jedes Mitgliedes und bürgen die vorhandenen enormen Werte für die Sicherheit der eingezahlten Gelder.

Genossen, unterstützt die Verwaltung im Kampfe für die Erhaltung und Weiterentwicklung des großen, stolzen Parteiunternehmens zum Trotze aller Feinde der kommunistischen Bewegung.

Halle, den 6. September 1923.

Der Vorstand:
Fritz Kroh. Fritz Dippe. Wilhelm Barnack.
Der Aufsichtsrat:
Oskar Fiedler. Artur Sämisch.

Bekanntmachung.

In Anlehnung an die Abänderung der preuß. Gebührenordnung für approbierte Aerzte haben die Hallischen Aerzte sich verpflichtet, auf wertbeständiger Grundlage (Vervielfachung mit dem jeweiligen Reichsteuerungsindex bzw. Goldmarkwert) ihre ärztlichen Leistungen zu berechnen. Maßgebend ist die Teuerungszahl am Zahltage. 3836

Verband Hallischer Kassenärzte (E. V.).
Verein der Aerzte in Halle (E. V.).
Facharztverband von Halle und Umgebung.

Jugendschriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Trotz des hohen Dollarstandes verkaufe ich noch sehr billig.

Freitag und Sonnabend bringe ich zum Verkauf:

Elegante Damenhemden 10, 8, 6 Millionen
Beinkleider, offen u. geschlossen, 12, 10, 9, 7 Millionen
Untertaillen mit Stickerei 5, 4, 3, 2½ Millionen
Prinzeßröcke mit breiter Stickerei 18, 15, 12, 10 Millionen
Nachthemden, Musterstücke, 21, 18, 15 Millionen
Garnituren, hochelegant.

Für Herren:
Normalhemden, wollgemischt, 12, 10, 8, 6 Millionen
Normalhosen 10, 7 Millionen
Köperbarchenthemden, Einsatzhemden und Jagdwesten, sehr billig. 3842
Kindertrikots, alle Größen, Gr. 80 5½, Gr. 100 7½ Millionen

Bettbezüge mit 2 Kissen von 15 Millionen an. Inlett — Bettlaken.

Martin Rosenthal, Schmeerstraße 5, 1 Treppe.

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. Verlag Klassenkampf.

Männer-Strickwesten

zu mäßigen Preisen **Dauerwäsche-Vertrieb** Kl. Berlin 2, 1 Treppe. (Eingang Sternstr.) 3843

Alles teuer. Bücklinge billig! 3836 **Seefische billig!**
Seelachs, Goldbarsch, Schellfisch, Kabeljau a. F., Rotzunge, Bratschellfisch, Austernfisch.
Nordsee, Deutschlands größter Fischhandel. Nur Gr. Ulrichstr. 58. Tel. 1274 u. 1275.

Am schwarzen Brett: Holzjesekarten. *484 Magistrat Delitzsch.

Geschlechtsleiden!

Aufklärung tut not über: Syphilis - Jer. Schwäche - Harnröhre, 4 Heft 50000 M, Porto extra. Keine Berufsstörg. keine gift. Einspr. Viele freiw. Anerkennung, auch in veralt. Fällen. Schreib. Sie sofort, welches Leiden Sie beunruhigt. Alles völlig diskret. Dr. med. H. Schmidt, Spezialinstitut, G. m. b. H., Berlin NW 69, Kathenower Straße 73, Sprechst. 10—1, 5—7. [*263

Stadt-Theater Freitag, [3838 abends 7½ Uhr: **„Aida"** Sonnabend, abends 7½ Uhr: **Der Freischütz.**

Thalia-Theater. Sonntag, abends 7½ Uhr, [3839 **„Doktor Bolts Erben"** Komödie von Robert Gröschke.

Bei der dauernden Preissteigerung finden Sie bei uns immer noch Gelegenheit, Ihren Bedarf zu decken. **Kl. Restposten Manchester-, Pilot- u. Kordhosen, Monteuranzüge aus Haustuch u. Köper, Kinderjeweiter und Herren-Strickwesten, Schlafdecken, Hemden- u. Schürzenleinen, Männer-Barchenthemden u. vieles mehr.** 3844
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H. vormals **Reinke,** Leipziger Str. 551, am Riebeckplatz.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin für Holzweißig sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen Fr. Gregorz, Chausseestr. 32, I.

Zeitungsträgerin für Dommitzsch a. Elbe gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Bänisch bis zum 1. Oktober melden.

Gummi-Sohlen u. Absätze Sohlleder im Ausschnitt **M. Winkler,** Lerchenfeldstr. 22 I.

Uhren- u. Gold-Reparaturen. Billigste Preisberechnung. Gebrauchte Taschenuhren preiswert. 264 **Hermann Koch,** Uhrmachermeister, Liebennauer Str. 5.

Ehrenerklärung

Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Rich. Röhrbein aus Dölau getan habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre, daß Herr Röhrbein eine gewissenhafte Person ist. [3834 Frau Elle Friedrich, Leitzig.

UFA **UFA** **UFA** **UFA** **UFA** **UFA** **UFA** **UFA**

Leipziger Straße 88. Fernruf 1224. — **Leipziger Straße 88.** Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 7. September 1923:
Riesen-Doppelprogramm!

Wer bin ich?

oder: **Das Verbrechen im Walde.**
Spannendes Kriminal-Drama in 6 Akten nach dem Roman von M. W. Sophar.
Hauptrollen: **Maria Zelenka, Bruno Eichgrün.**
Vorführung: 4.00 6.30 9.10.

Die Sünden der Mutter!

(Im Schatten der Schuld.)
Ergreifendes Schauspiel in 5 Akten.
Hauptrollen: **Erika Glässner, Harry Liedtke, Hanna Ralph, Hermann Thiemig.**
Vorführung: 5.20 8.00.

Abendvorstellung **pünktlich 8 Uhr.**
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Walhalla-Lichtspiel-Theater Fernruf 1224 — **Walhalla-Lichtspiel-Theater** Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 7. September 1923:
Riesen-Doppelprogramm!

Die verlorene Stadt!

(Lost City)
Großes Original-amerikanisches Raubtier- und Sensations-Drama in 3 Teilen (18 Akte).

2. Teil (6 Akte). 2. Teil (6 Akte).

Der schwarze Puma!

Jeder Teil ist in sich abgeschlossen. Dem 2. Teil geht eine kurze Inhaltsangabe des 1. Teils voran.
Aus dem Inhalt des 2. Teiles: Der schwarze Tod — In den Dschungelsumpf geraten — Dem schwarzen Puma ausgeliefert — Ein Gorilla als Retter u. a.
Vorführung: 4.00, 6.30, 9.00.

Das große Kriminal-Drama:

Im Angesicht des Todes!

5 spannende Akte. Vorführung: 5.30, 8.00.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

Alte Promenade 11a. Fernruf 1224. — **Alte Promenade 11a.** Fernruf 1224.
Ab morgen Freitag, den 7. September 1923:
Erstaufführung!

PSYSCHA 3145

Die Tänzerin Katharina der Großen.
Gesellschafts- und Sittenfilm in 6 Akten aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.
Hauptrollen: Michael Trachonski, Listo Nunitch, Olga Glowtzka.
Dieser Original-russische Film bringt erneut den Beweis einer außerordentlichen Fähigkeit der russischen Filmindustrie. Die ungewöhnlich spannende Handlung, die Sitten und Gebräuche des kaiserlichen Rußlands fesseln den Besucher vom ersten bis zum letzten Akt.

Ein Kapitel aus Rußlands an dunklen Epochen so reicher Vergangenheit!!
Vorführung: 4.30 6.40 8.50.

Das tapfere Schneiderlein.
Entzückendes Lustspiel mit Frederik Buch.
Die Kinderstube des Kinderfreundes (Weißer Storch). Naturaufnahme.
Beginn: Sonntags 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr.

Größte Auswahl, billigste Preise in hölzernen und eisernen **Bettstellen und Matratzen. Bruno Paris, Halle a. d. S.** [8351 jetzt **Leipziger Straße 12.**

Drucksachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Parteischriften empfiehlt **Volksbuchhdlg.**

Alleinst. Mann, 60 Jahr alt, wünscht **möbl. Zimmer** bei anst. Witwe, ev. spät. Heirat. Off. u. 3830 a. d. Exp. d. Z.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 6. September 1923.

Armut — Aufklärung

Da ich heute einige Stunden „Zeit" hatte, machte ich mich auf den Weg, um dem alten Mütterchen, meine jüngste „Straßenbekanntschaft", mein Versprechen, sie bald zu besuchen, einzulösen. Leider traf ich nur ihren „Jungen" an. Sie hatte ihm schon von mir erzählt und er war gespannt, einen leibhaftigen Kommunisten persönlich kennenzulernen. Er war aber sichtlich „enttäuscht". Nun überschüttet er mich förmlich mit Fragen, doch ich bat ihn, mir erst von sich etwas zu erzählen. Er hatte, wie viele andere, eine sorgenlose Jugend verlebt, ohne sich mit unnützen „Denkereien" den Kopf zu belasten. Kurz nach Beendigung seiner Lehrzeit (er hatte das Maurerhandwerk erlernt) brach der Weltkrieg aus. Von Abenteuerlust und auch von Begeisterung ergriffen, zog er als Kriegsfreiwilliger mit hinaus. Er hatte sich so viel versprochen von einem frisch-fröhlichen Krieg, wurde aber bitter enttäuscht. So lernte er diesen menschenmordenden Krieg mit all seinen Schrecken und Leiden kennen, sah aber alles als Gottes Fügung an. Und dann war ja auch Deutschland im Recht und er zerbrach sich weiter nicht den Kopf darüber. Nach Kriegsende hatte er das Glück, gleich wieder Arbeit zu bekommen. Die Revolution sah er als den größten „Quatsch" an und ebenso die Politik. Weil es eben nicht anders ging, trat er der Gewerkschaft bei. Sein Vater ließ sich pensionieren und starb ein halbes Jahr später. Das bißchen Unterstützung für seine Mutter langte auch nicht weit. So mußte er jetzt die Familie ernähren. Bei einem Gerüstbau stürzte er ab, brach sich den rechten Arm und lag lange Wochen im Krankenhaus. Verschiedene „entbehrliche" Möbel usw. mußten verkauft werden. Da hörte er verschiedenes vom Stahlhelm, es sollte Kartoffeln geben und auch Feld usw. Deshalb wurde er Mitglied. Und dann war ja der Stahlhelm eine „unpolitische" Vereinigung. Aber die Haltung desselben der Arbeiterschaft gegenüber, gab ihm zu denken. Einige häßliche Vorgänge und das Soldatenspielen veranlaßten ihn, sich in keiner Weise mehr öffentlich zu beteiligen. Seitdem er im Krankenhaus gelegen hatte, war nichts mehr los mit der Arbeit. Der Arm erhielt nicht seine frühere Beweglichkeit und Stärke wieder. Er wurde entlassen wegen Betriebseinschränkung.

Ich sagte ihm, der Grund sei zu suchen in seiner nicht mehr „vollwertigen" Arbeitsleistung und machte ihn so mit der „Moral" des Kapitalismus bekannt. Ich machte ihm plausibel, was Profit ist und wie dieser überhaupt möglich ist, wie es um uns bestellt sein würde, wenn der Profit wegfalle; was der Staat ist mit seinem gesamten Apparate (Militär, Justiz, Kirche, Schule usw.), wie der Kommunismus entstand, die heutigen Aufgaben und die Stellung der Kommunisten im heutigen Staate, ihr Taktik, und zeigte ihm an der Hand von vielen Beispielen, daß die Kommunisten die einzigen sind, die für die arbeitende Bevölkerung rücksichtslos eintreten, daß sie auch dem Mittelstand helfen wollen und daß ihre Taktik die einzig richtige ist. Ich empfahl ihm dann, die kommunistische Presse und Literatur zu lesen, damit er sich vollständige Klarheit über all die Fragen verschaffe.

Mit der Versicherung, daß ihm jetzt vieles klar geworden sei und daß er wie wieder gegen die Arbeiterschaft, zu der er doch auch gehöre, kämpfen werde, verabschiedete wir uns. —z.

Parteinachrichten

Der Wochenbeitrag für die 36. und 37. Woche (1. und 2. Septemberwoche) beträgt in der 1. Klasse 130 000 Mark, in der 2. Klasse 200 000 Mark, in der 3. Klasse 60 000 Mark.

Als Eintrittsgeld ist immer der jeweilige Wochenbeitrag zu erheben. Eintrittsmarken gibt es nicht mehr.

Jedes in der Industrie beschäftigte Mitglied hat mindestens zwei Extramarken zu je 50 000 Mark zu kleben. Alle anderen Mitglieder müssen mindestens eine solche Marke kleben.

Die Abrechnung dieser Marken hat sofort zu geschehen. Die Partei braucht Geld.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Abbau der Löhne in der Metallindustrie

Von der Metallarbeiter-Fraktion wird uns mitgeteilt, daß sich auch die Verhandlungen am Montag zerschlagen haben, da die Unternehmer auf einen Abbau der Löhne bestehen und nicht einmal geneigt sind, für die Septemberwochen die Reichsindexziffer zu gewähren. Am nächsten Freitag finden erneut Verhandlungen statt. Freitag abend werden die Funktionäre in einer Sitzung im „Volkspark" zu dem Ergebnis Stellung nehmen.

Um 6 Uhr, nachmittags, findet eine Fraktionssitzung im Rauchzimmer statt, wozu alle kommunistischen Vertrauensleute unbedingt erscheinen müssen.

*

Baugewerkschaft Halle

Bei Errechnung des Stundenlohnes für die Woche vom 25. bis 31. August konnte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerbes wegen der widersprechenden Bekanntmachung der Indexziffer vom 20. August Einigkeit nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber wiesen ihre Mitglieder an, vorläufig einen Stundenlohn von 1 174 610 Mk. zur Auszahlung zu bringen. Nach Anfrage beim Reichs-Statistischen Amt ist nunmehr vom Leiter desselben bestätigt worden, daß die Indexziffer von 72,5 Prozent richtig ist. Demzufolge beträgt der Spitzenlohn für die genannte Lohnwoche 1 270 502 Mk. Die Differenz muß daher von unseren Kollegen nachfordert werden.

Für die Lohnwoche vom 1. bis 7. September ist ein Spitzenlohn von 1 300 000 Mk. vorgesehen. Die Verhandlungen werden am Montag, dem 10. August, fortgesetzt. **Die Ortsverwaltung.**

Die VSPD. sabotiert die freigewerkschaftliche Betriebsräteorganisation

Das ADGB-Ortskartell ist eine der wenigen Arbeitnehmer-Korporationen, in denen die VSPD. noch einigen Einfluß besitzt, zumal sie hier die politische Rückständigkeit eines großen Teiles der spießbürgerlich angehauchten Angestelltenvertreter zugute kommt. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Angestelltenbewegung hinsichtlich der freigewerkschaftlichen Schulung noch auf sehr schwachen Füßen steht. Trotz der großen Zahl freigewerkschaftlich organisierter Angestellter muß man wirkliche Gewerkschafter unter diesen noch immer mit der Laterne suchen. Es bleibt noch ein großes Stück Aufklärungsarbeit bis zu dem Zeitpunkte, an dem auch dem letzten freigewerkschaftlichen Angestellten zum Bewußtsein gekommen ist, daß der Kampf der Handarbeiter auch um seine Interessen geführt wird und daß er sich demzufolge in die gemeinsame Kampffront aller Unterdrückten und Ausgebeuteten einzureihen hat und ein wirklicher Klassenkämpfer werden muß. Daß der VSPD. an der Erreichung dieses Zieles durchaus nichts gelegen ist, haben deren Vertreter in der Sitzung des ADGB-Ortskartells am vergangenen Montag erneut bewiesen. Wenn der große Bruder Severing von einem Ministersessel aus auf die Organisationen der Betriebsräte geschlägt, können die kleinen Brüder hier in Halle nicht müßig stehen und so wurde denn das enfant terrible der VSPD., Betriebsratsmitglied Jacobus, vorgeschickt, der den im stillen Kämmerlein geschmiedeten Bolzen gegen den Rücken der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale abschießen mußte. Jacobus stellte den Antrag, die Zahlung von Beiträgen seitens die AfU. an die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale einzustellen. Begründet wurde der Antrag damit, daß nach der Kündigung des Betriebsrätesekretärs Wielepp keine Veranlassung mehr bestehe, Beiträge an die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale abzuführen. Mit anderen Worten also: Das Interesse der VSPD. an der Betriebsräteorganisation reicht nur soweit, als es sich um die Erhaltung eines Postens für einen Parteigenossen handelt, wie ja auch die Linie der „großen" Politik der VSPD. vom Gesichtspunkt der Postenjägerei bestimmt wird. Der Antrag Jacobus wurde trotz seiner gewerkschaftsfeindlichen Tendenz von dem Ortsangestellten des ZdA., Deininger, Mitglied des Vollzugsausschusses der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, warm befürwortet und fand weitere Unterstützung u. a. auch durch den Gauleiter des Butab., Blumenschein. Selbstverständlich, daß die Diskussion die übliche Kommunistenhetze brachte. Die AfU. will die Fortbildung ihrer Betriebsratsmitglieder selbst übernehmen und der Butab-Gauleiter Blumenschein hat sich für die Bildungsarbeit (wahrscheinlich im Geiste Severings-Hilferdings) bereits in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Der VSPD.-Mann Reiter (Spezialität: Schlußanträge) konnte dann die Stellungnahme unserer Genossen zu demselben in aller Stille vorbereiteten „großen Schlag" glücklich verhindern, indem mit der Stimme des Gewerkschaftsangestellten Deininger die Debatte durch die Vergewaltigung unserer Genossen „rechtzeitig" abgebrochen wurde. Der Antrag Jacobus wurde dann gegen wenige Stimmen angenommen.

Dieses Beispiel zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wo die Spalter der Gewerkschaften sitzen. Wir danken den Herren von der VSPD. für diese abermalige Demaskierung, die hoffentlich wieder manchem Genossen in deren Partei die Augen öffnen wird. Die Einheitsfront des Proletariats aber wird marschieren. Trotz alledem!

Denkt an Stinnes,

der Zeitungen und Telegraphenbureaus aufkauft, um die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum auch geistig zu beherrschen. Rottet die arbeiterfeindliche Presse in den Arbeiterwohnungen aus!

Werbt für die kommunistische Presse!

Die siamesischen Zwillinge

Die Redakteure ohrfeigen sich selbst.

Am 29. August war im hallischen „Volksblättchen" folgende Notiz zu lesen:

„**Russische Köpfe.** Von Oskar Blum. Verlag Franz Schneider, Leipzig. (Grundpreis 8 Mk.) — Der sehr rührige Verlag eröffnet mit dieser Porträtsammlung eine ganze Reihe politischer Werke. Die vorliegende Arbeit, die 9 Bildnisbeigaben und mehrere Vervielfältigungen von Handschriften und Dokumenten enthält, zeigt Blum im höchsten Können des Skizzenzeichners. Die augenblicksgeborene Art, mit der er die wesentlichsten Züge der Männer der russischen Revolution erfaßt, wirkt verblüffend. Sie könnte ein wenig skeptisch stimmen, wenn der eigentlichen Porträtsammlung nicht eine Einleitung vorausginge, die einen Mann mit großartig historischem Blick als Verfasser verrät. Was Blum gibt, ist nicht Literatur und nicht subjektives Erleben, sondern ist eine große Spanne geschichtlichen Lebens. So kann ein Stück Geschehen nur festhalten, wer selbst darin gestanden hat. Die bedeutendsten Männer der Februar- und der Oktober-Revolution, von Kerensky über Martow bis Trotzki, Lenin und Radek werden lebendig, zeigen ihr Werk und stehen Rede. Es ist bisher viel über sie geschrieben; doch täuschen wir uns nicht: Fast alles war durchaus pro oder durchaus contra und nicht Geschichte. Doch hier sieht ein Mann, der in großer Gerechtigkeit und mit dem Willen, das Beste zu sehen, aber gerade darum unerbittlich, die Tatsachen über das Wollen Gericht halten läßt. Sein Buch weist gleichmäßig geschichtliche, psychologische und künstlerische Bedeutung auf, ist aber leicht zugänglich. Jedem Sozialisten, der es sich finanziell irgendwie leisten kann, wird das Buch viel helfen bei der Klärung seines Urteils über das heutige Rußland."

H. Lg.

*

Einige Tage später, am 5. September, druckte dasselbe hallische „Volksblättchen" folgende „Warnung" aus dem „Vorwärts" ab:

„Neuerdings sind in der Presse Auszüge aus einem Buche von Oskar Blum „Russische Köpfe" (Verlag Franz Schneider, Berlin) erschienen, die eine gewisse Beachtung gefunden haben. Ohne auf den Inhalt des Buches eingehen zu wollen, sehen wir uns im Interesse der Sauberkeit der Presse zu einigen Feststellungen gezwungen, die die Person des Verfassers des erwähnten Buches betreffen. Herr Oskar Blum ist nämlich, nachdem er bereits im Jahre 1912 wegen seines moralischen Tiefstandes durch ein Parteigericht aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ausgeschlossen wurde, im Jahre 1918 **überführt worden, daß er als bezahlter Spitzel der russischen Geheimpolizei tätig gewesen ist.** Auf Grund der Dokumente, die nach Oeffnung der Polizeiarchive gefunden wurden, ist Blum vom Revolutionstribunal als schuldig befunden worden. Dank der Intervention Radeks wurde er nicht erschossen, sondern zu **mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt,** nach deren Verbüßung er die Erlaubnis erhielt, Rußland zu verlassen.

Jetzt hat dieser Herr den traurigen Mut, sich in der deutschen Presse als angesehener russischer Sozialist aufzuspielen und in seinem Buche mit den Autogrammen von Briefen zu paradieren, die Plechanow, Martow und Trotzki vor mehr als einem Jahrzehnt an ihn richteten, als die Briefschreiber keine Ahnung hatten, mit wem sie es in diesem Falle zu tun hatten. Wir nehmen an, daß diese Feststellungen genügen, um die Person und die Werturteile des Herrn Blum in das richtige Licht zu rücken."

*

Wir bringen diese beiden Artikel aus dem „Volksblättchen" wörtlich zum Abdruck. Sie geben jedem unbefangenen Leser einen tiefen Einblick in die Skrupellosigkeit dieser sozialdemokratischen Schreibtischnechte, die morgen das herunterreißen, was sie gestern noch als gut und lesenswert warm empfohlen haben. Wahrscheinlich hat auch der „Vorwärts" von höherer Stelle Anweisung erhalten, gegen dieses Buch, das sich mit Russen befaßt, Sturm zu laufen. Wir sind neugierig, ob das vom „Volksblättchen" vor einigen Tagen so warm empfohlene und einige Tage später als minderwertig bezeichnete Buch nunmehr auch aus dem Schaufenster der Volksblatbuchhandlung in der Großen Ulrichstraße verschwindet. Gestern jedenfalls lag es noch aus.

Mitteilungen des Bezirks-Unterstützungskomitees

Das Bezirksunterstützungskomitee fordert sämtliche Ortsgruppen des Bezirkes auf, alle gesammelten Gelder für die Gemaßregelten bis zum Freitag an den Genossen R. Richter, Halle, Lerchenfeldstraße 14, einzusenden.

In Ortsgruppen, wo Gemaßregelte vorhanden sind, ist der vom Bezirksunterstützungskomitee festgesetzte Satz auszuzahlen und die Listen und Gelder mit dem Bezirksunterstützungskomitee zu verrechnen. Das Bezirksunterstützungskomitee erwartet bestimmt, daß die Gelder der Sammellisten bis zum Freitag eingelaufen sind.

* **Auszahlung von Unterstützung an Gemaßregelte.** Für die Gemaßregelten, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, findet morgen, Freitag, nachmittags von von 3 bis 6 Uhr, die Auszahlung einer Gemaßregeltenunterstützung in der „Produktiv-Genossenschaft" statt.

* **Die Gemaßregelten der chemischen Fabrik Bucau** (Werk Ammendorf) treffen sich am Sonnabend, nachmittags um 5 Uhr, in der „Erholung".

* **Eine Straßenbahnfahrt 150 000 und 200 000 Mark.** Die Fahrpreise der elektrischen Straßenbahn sind heute auf 150 000 Mark für zwei Teilstrecken, und für mehr als zwei Teilstrecken auf 200 000 Mark erhöht worden.

Theater und Konzerte

Die Proletarische Kulturvereinigung veranstaltet am Freitag, dem 7. September, pünktlich abends 8 Uhr, einen proletarischen Theaterabend im großen Kolosseumsaale. Das Schauspiel „Frei-Wild" von Walter Tropper kommt zur Uraufführung. Dichtung und Musik sind Schöpfungen der Vereinigung. Während der Vorstellung bleiben die Saaltüren geschlossen. Da die Aufführung erhebliche Unkosten verursacht, darf mit einer Wiederholung nicht zu rechnen sein. Der Arbeitsplan der Vereinigung wird in nächster Zeit bekanntgegeben. Eine beschränkte Anzahl Eintrittskarten sind noch im Vorverkauf zum Preise von 100 000 Mk. bei den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen zu haben. An der Abendkasse werden 150 000 Mark Eintrittsgeld erhoben.

Aus der Provinz

Die Streikleitung in Zschornewitz verhaftet

Der Erfolg der VSPD.-Denunziation

Heute nacht gegen 3 Uhr erschienen fünf Lastautos mit Sipo und verhafteten die Genossen Wiesental, Kluge, Krötsch, Harz, Ohla, Hackel, Voigt, Tittmann, Seidel, Weibauer und Wall. Diese elf Genossen waren während des Generalstreiks in der Streikleitung auf der Grube Golpa und im Werk Zschornewitz. Am Nachmittag fand eine Zusammenkunft der Gendarmerie des gesamten Kreises unter Vorsitz des Amtsvorstehers in Zschornewitz statt, in der die Verhaftungen besprochen wurden. Der Genosse Leon Harz wurde von der Maschine der Kohlenbahn heruntergeholt. Auch in Radis erschien die Sipo, um den Genossen Kretzschmar zu verhaften, der aber den Sollmann-Severing-Häschern entkam. Gegenüber dem Eingang zum Kraftwerk Zschornewitz liegt eine starke Sipowache, die nur den Zweck haben kann, noch weitere Verhaftungen vorzunehmen und das Werk im Falle der Arbeitsniederlegung zu besetzen. Der Arbeiterschaft hat sich eine ungeheure Empörung bemächtigt. Die Funktionäre des Werkes werden zu den Verhaftungen Stellung nehmen und gegenüber diesen Gewaltmaßnahmen der Regierung die notwendigen Schritte einleiten.

Die Regierung Sollmann-Hilferding-Stresemann kann sich nicht anders retten, als durch Gewaltmaßnahmen gegen die gegen Hunger und Verelendung kämpfende Arbeiterschaft. Diese Verhaftungen sind das Werk sozialdemokratischer Denunzianten, die im hallischen „Volksblatt" und im „Vorwärts" sitzen. Die Zschornewitzer Arbeiterschaft wird auch mit diesen Elementen abrechnen müssen.

Aus der Jugendbewegung

Unterbezirk Bitterfeld-Delitzsch. Am Sonnabend, dem 8. September, 7½ Uhr, findet in Bitterfeld im „Bürgergarten", eine erweiterte Unterbezirksleitungs-Sitzung statt, zu der unbedingt alle Distriktsleiter und Ortsgruppenvorsitzende erscheinen müssen. Tagesordnung: „Die Lehren des Jugendtages und unsere zukünftige Arbeit!" **Unterbezirksleitung.**

Arbeiter-Sport

Serienspiele. Am Freitag, dem 7. September, treffen sich die Vereinsvorstände folgender Vereine: KFC. Askania, DFC. Fortuna, BVB. Lettin, BVB. Teutonia, SFC. Viktoria, SFC. Minerva, Zürrenberg und Werbeburg. Die Sitzung beginnt pünktlich ½8 Uhr in der „Eisbörse", Mansfelder Straße, im Verkehrslokal von Viktoria. Es handelt sich um den Aufbau der Serienspiele für diese acht Vereine, deshalb ist Erscheinen Pflicht. Spielleiter haben mit zu erscheinen.

SFC. Minerva 00. Spiele am Sonntag, dem 9. September: 1. Mannschaft spielt gegen Turnverein Greppin. Abfahrt Sonnabend 5.55 Uhr vom Hauptbahnhof. Die 2. und 3. Mannschaft und Jugend spielt in Bruckdorf wie folgt: 3. — Bruckdorf 3. um 1 Uhr. Treffpunkt ½12 Uhr an der Artillerieserne. 1. Jugend — Bruckdorf Jugend um ½3 Uhr. Treffpunkt ½1 Uhr. 2. — Bruckdorf 1. um ¼4 Uhr. Treffpunkt 2 Uhr an der Artillerieserne. Die 1. Schüler — Fichtehalle 1. Schüler um 10 Uhr auf dem Fichte-Sportplatz. Die 1. Schüler treten nochmals am Freitag auf unserem Sportplatz zum Trainieren an. Dort werden Treffpunkte festgemacht.

SSFC. Wittoria 08. Sonntag, den 9. September, treffen sich im Gesellschaftsspiel auf der Peißnitz Wittoria 1. — Teutha 1. (Hauptverein). Wittoria spielt wie folgt: Recke, Brendel, Biering, Schauerhammer, Pessold, Ulbrich, Nitsche, Pilger, Gessing, Zieger, Nikdak. Treffpunkt: ½3 Uhr „Eisbörse". Spielbeginn 4 Uhr auf der Peißnitz. Wittoria 2. — Teutha 2. (Hauptverein) treffen sich ebenfalls auf der Peißnitz, und zwar wie folgt: Recke, Blome, Ahrroth, Lüttich, Werner, Preßich, Höpner, E. Schubert, Linsold, Marx, Meyer 2. Treffpunkt: ½1 Uhr „Eisbörse". Spielbeginn 2 Uhr auf der Peißnitz. Sonnabend, den 8. September, abends ½9 Uhr, treffen sich sämtliche Jugendspieler und die Mitglieder der 3. Mannschaft zur Aufstellung der beiden Mannschaften.

Turn- und Sportverein Wörmlitz. Die 1. Mannschaft spielt am Sonntag, dem 9. September, nachmittags 2 Uhr, gegen Teutonia auf den Brandbergen in folgender Aufstellung: Hennig, Engelhardt, Böhme, Rühlemann, Degner, Woitz, Pfeil, Otto, Bernhardt, Naumann, Lorenz. Spielzeit 2 Uhr. Die 2. Mannschaft spielt am Sonntag, 9. September, nachm. 2½ Uhr, in Teicha in folgender Aufstellung: Hirsch, Kritsch, Nitzer, Rothe, Buchsl, Knöchel, Schaf, Wernike, Hendel, Meye, Rothe. Treffpunkt 12 Uhr Weingärtenschule. Sonnabend, 8. September, Turnerversammlung.

Ballspielklub Giebichenstein. Spielergebnisse vom Sonntag, den 2. September: Ballspielklub 1. — Teicha 1. mit 1 : 2; Ballspielklub 2. — Teicha 2. mit 1 : 0; Ballspielklub 3. — Teicha 3. mit 0 : 2; Ballspielklub Jugend — Minerva Jugend mit 1 : 6; 1. Schüler — Minerva Schüler mit 0 : 1; 2. Schüler — Fichte Schüler mit 1:1. Am kommenden Sonntag finden folgende Spiele statt: 1. und 2. Mannschaften gegen Sportklub Zörbig in Zörbig. Die 3. Mannschaft spielt um 1 Uhr gegen Adler-Ost 3. auf der Peißnitz. Schüler — Askania Schüler um 10 Uhr auf der Peißnitz. Die Jugend ist spielfrei. Alles Nähere wird in der am Freitag, abends 7 Uhr, stattfindenden Jugend- und Schülerversammlung bekanntgegeben. Anschließend findet eine Mannschafts- und Vorstandssitzung statt. Nichterscheinen wird sinngemäß bestraft.

Germania-Fessenfeld stellt zu den am Sonntag, dem 9. September, im „Volkspark" stattfindenden Pokalkämpfen zwei Mannschaften, und zwar die Kreis-Meisterschaft in Abteilung A und eine andere in Abteilung B; außerdem haben von Halle noch gemeldet: Atlas zwei, Sportklub 09 und Achilles von 1890, je eine Mannschaft. Der 4. Kreis ist vertreten durch die bekannte Nord-West-Mannschaft „Berlin, der 5. Kreis durch Germania-Fessenfeld-Halle, der 6. Kreis durch die bekannte Eichenkranz-Mannschaft Leipzig, der 9. Kreis durch den Männer-Stammklub Allerich v. 1863 (Hannover), der 10. Kreis durch den Sportverein Augustus (Hamburg), der 13. Kreis durch den Arbeiter-Athletenklub Köln usw. Am Sonnabend, dem 8. September, findet ein Kommers zu Ehren der fremden Ringer statt, wobei erstmalig wieder die Germania-Fessenfeld-Akrobaten auftreten. Richard Putzmann-Berlin, Deutschlands bester Gemischtheber, wird an diesem Abend mitwirken. Siehe auch Inserat.

BVB. Lettin. Sonntag, den 9. September, spielt anläßlich des Stiftungsfestes von Zuhaßklub Hertha-Lettin die 1. und 2. Mannschaft von BVB. Lettin gegen Wacker-Eisleben 1. und 2. Mannschaft auf den Brandbergen. Die 1. Mannschaft um 4 Uhr in folgender Aufstellung: Saal, Fischer, C. Gebert, Leiter, Böme, Hentz, Mocinski 2, Kersten, Lehnig, Mocinski 1, W. Schulze. 2. Mannschaft um ½3 Uhr in folgender Aufstellung: Schramm, Fehse, Holland 1, Grenzel, Lüttich, Balzereit, Klaus, O. Schulze, Köthen, Deperade, Kühn. 3. Mannschaft spielt um 1 Uhr gegen Ramsin 2. ebenfalls auf eigenem Platze wie folgt: Koch, Böme, Hartkopf, Lehmann, Luthen, Deperade, Eberhardt, Lorenz, Denkewitz, Mödig, Hahndorf. Schülermannschaft spielt vormittags ½10 Uhr auf VBB.-Platz gegen Fichte-Schüler. Spielergebnisse vom letzten Sonntag: BVB. weilte mit drei Mannschaften in Radewell. Die 1. Mannschaft Lettin siegte gegen Fichte 1. mit 1:0. 2. Mannschaft schlug Fichte 2. mit 6:2. 3. Mannschaft siegte mit nur 10 Mann gegen Fichte 3., die Bezirksmeister der 3. Klasse sind, mit 3:1.

Sportfreunde Teicha. Spiele vom Sonntag: Teicha 1. — Ballspielklub 1. Nach schönem, flottem Spiel gewann Sportfreunde mit 2:3 (1:0). Teicha 2. verlor mit 1:0. Die 3. Mannschaft gewann mit 2:0. Spiele zum Sonntag, dem 9. September: Teicha 1. — Sportlust 1. um 3 Uhr auf dem Sportplatz; Teicha 3. — Sportlust 3. um ½2 Uhr auf dem Sportplatz. Die zweite Mannschaft spielt um 3 Uhr gegen Wörmlitz 2. in Teicha. Die 1. und 3. Mannschaft spielt wie folgt: W. Birke, K. Henze, O. Birke, Thieme, Bocke, Andreas, Domagala, Hammer, Schmidt, Scheibe, Brade. 3. Mannschaft: Pollert, Franke, Schulze, Ritter, Geniesk, Jenrin, Zieke, Kretschmar, Gebhardt, Richter, Tauch. Abfahrt bis hierher erforderlich, widrigenfalls die sinngemäße Bestrafung erfolgt. Die Aufstellung der zweiten Mannschaft erfolgt in der Sitzung. Erscheinen aller aktiven Spieler ist Pflicht.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Die Bolschewiki und der bewaffnete Aufstand

als Vorbemerkung für Lenins „Ratschläge eines Fremden"

Letzten Endes ist die Frage ihres Verhältnisses zum bewaffneten Aufstand der Prüfstein für den revolutionären Charakter einer Arbeiterpartei. Läßt man den Satz gelten, daß die Klassenkämpfe in letzter Instanz durch materielle Gewalt entschieden werden, so folgt daraus, daß die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nur durch eine bewaffnete Erhebung entschieden werden kann.

Der opportunistische Charakter der Sozialdemokratie vor dem Kriege hat sich auch darin geäußert, daß nicht nur die offenen Revisionisten, sondern auch die meisten sogenannten Radikalen eine rein negative Stellung zur Frage des bewaffneten Aufstandes einnahmen. Man klammerte sich an die bekannten Sätze in Engels Vorrede zu Marx' „Klassenkämpfen in Frankreich", wo erklärt wird, daß die Zeit der Barrikadenschlachten alten Stils vorbei sei und bezeichnete alles, was nach Aufstand roch, als Blanquismus, Bakunismus usw. Dabei hat Engels, wie aus einem unlängst veröffentlichten Brief von ihm an Viktor Adler ganz klar hervorgeht, nur eine bestimmte geschichtliche Situation im Auge gehabt.

Es ist ebenso, wie in allen Fragen, die mit der Eroberung der politischen Macht zusammenhängen, der bolschewistischen Partei und vor allem Lenin vorbehalten geblieben, die Stellungnahme von Marx und Engels zum bewaffneten Aufstand theoretisch und praktisch weiterzuführen und zu entwickeln.

Schon die erste Revolution von 1905 stellte den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung. Im Moskauer Dezemberaufstand erprobte das Proletariat zum erstenmal seit dem Zeichen der Pariser Kommune seine Kraft im bewaffneten Kampfe.

Die Diskussion von 1905 zeigt, wie eng die Frage des bewaffneten Aufstandes mit der Frage der Eroberung der politischen Macht, mit der Frage der Diktatur verknüpft ist. Die Bolschewiki erklärten, daß der Zarismus nur durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt werden könne, daß deshalb die revolutionäre Partei des Proletariats die Aufgabe habe, den Aufstand politisch und technisch vorzubereiten und stellten die Losung einer demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern als Organ des Aufstandes auf. Die Menschewiki waren der Ansicht, daß es einer marxistischen Partei unwürdig sei, an Vorbereitungen zum Aufstand zu denken, sie lehnten folgerichtig auch eine Arbeiter- und Bauern-Regierung ab und zogen es vor, sich mit der liberalen Bourgeoisie zu verbinden.

Zum zweiten Male stellte die Revolution von 1917 den bewaffneten Aufstand in Rußland auf die Tagesordnung. Wir drucken hier einen Aufsatz von Lenin ab, der unmittelbar vor dem Siege der Oktober-Revolution geschrieben worden ist. Das wichtigste an diesem Aufsatz ist die klare Feststellung, daß in einem bestimmten Augenblick die Lösung der Uebernahme der Macht praktisch den bewaffneten Aufstand bedeutet. Damals, als Lenin diesen Aufsatz schrieb, war dieser bestimmte Augenblick schon da, die Bedingungen für einen bewaffneten Aufstand waren herangereift. Es handelte sich nur noch darum, den geschürzten Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen.

Wann ist nun dieser bestimmte Punkt erreicht? Darauf gibt Lenin in einem anderen Aufsatz über „Marxismus und Aufstand" (deutsch abgedruckt in der Zeitschrift „Internationale", Jahrg. 5, Heft 9) die folgende Antwort:

„Ein Aufstand muß, wenn er erfolgreich sein soll, sich nicht auf eine Verschwörung, nicht auf eine Partei, sondern auf die fortgeschrittene Klasse stützen. Das zum ersten. Ein Aufstand muß sich auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen. Das zum zweiten. Ein Aufstand muß sich auf einen solchen Wendepunkt in der Geschichte der aufsteigenden Revolution stützen, wenn die Schwankungen in den Reihen der Feinde und in den Reihen der schwachen, halben und unentschlossenen Freunde der Revolution am stärksten sind, das zum dritten."

Lenin weist dann noch nach, daß damals im September 1917 diese Bedingungen in Rußland erfüllt waren:

„Hinter uns steht die Mehrheit der Klasse, die die Vorhut der Revolution, die Vorhut des Volkes ist, die fähig ist, die Massen nach sich zu ziehen.

Hinter uns steht die Mehrheit des Volkes, denn der Rücktritt Tschernows ist der weitaus nicht einzig dastehende, aber der deutlichste und anschaulichste Beweis dafür, daß die Bauern vom Block der Sozialrevolutionäre (und von den Sozialrevolutionären selbst) kein Land erhalten werden. Und das bestimmt den allgemein-nationalen Charakter der Revolution.

Wir haben den Vorteil der Lage einer Partei, die ihren Weg kennt, während der gesamte Imperialismus und der ganze Block der Menschewiki und Sozialrevolutionäre unerhörte Schwankungen durchmachen.

Der Sieg ist uns sicher, denn das Volk ist der Verzweiflung schon nahe. Wir geben dem Volke einen sicheren Ausweg, nachdem wir dem ganzen Volke in den Tagen des Kornilow-Putsches die Bedeutung unserer Führung gezeigt, dann den Blockleuten ein Kompromiß vorgeschlagen und von ihnen eine Absage erhalten haben, wobei die Schwankungen ihrerseits ganz und gar nicht aufhörten."

Das sind die politischen Bedingungen für den Erfolg des bewaffneten Aufstandes.

Die Erfahrungen der Bolschewiki zeigen, daß sowohl der Sieg des bewaffneten Aufstandes nur gesichert werden kann, wenn er von der revolutionären Partei des Proletariats geleitet und vorbereitet wird, wie die revolutionäre Partei ebenso nur dann siegen kann, wenn sie den bewaffneten Aufstand vorbereitet.

Diese Vorbereitungen sind zweierlei Natur, politischer und technischer, wobei beides natürlich nicht streng geschieden werden kann, im Gegenteil, politische und technische Vorbereitungen bedingen einander. Nur wenn die Vorhut des Proletariats sich allseitig für ihre Aufgaben im Bürgerkrieg vorbereitet, wird sie den bewaffneten Aufstand der unterdrückten Volksmassen leiten können. Ebenso ist ihr nur dann der Sieg sicher, wenn diese Vorbereitungen Hand in Hand gehen mit der politischen Vorbereitung des Aufstandes, mit der Gewinnung der breiten Massen des werktätigen Volkes, der Arbeiter, der Bauern und des Mittelstandes für die Sache der Revolution.

Ratschläge eines Fremden

Von **N. Lenin.**

Ich schreibe diese Zeilen am 8. Oktober und habe nur geringe Hoffnung, daß sie schon am 9. in den Händen der Petersburger Genossen sein werden. Es ist möglich, daß sie zu spät kommen, denn der Kongreß der Sowjets des Nordgebietes ist für den 10. Oktober festgesetzt. Trotzdem aber will ich versuchen, meine Ratschläge, die Ratschläge eines Fremden, zu erteilen für den Fall, wenn die wahrscheinliche Aktion der Arbeiter und Soldaten von Petersburg und des gesamten „Gebietes" in Bälde stattfinden wird, aber noch nicht stattgefunden hat.

Daß die gesamte Macht an die Sowjets übergehen muß, ist klar. Genau so unbestreitbar muß es für jeden Bolschewisten sein, daß eine revolutionär-proletarische (oder bolschewistische, — das ist jetzt das gleiche) Macht der größten Sympathien und der grenzenlosen Unterstützung aller Werktätigen und Ausgebeuteten der gesamten Welt und namentlich der kriegführenden Länder und insbesondere von seiten der russischen Bauernschaft sicher sein kann. Es erübrigt sich, über diese allgemein bekannte und schon längst bewiesene Tatsache weitere Worte zu verlieren. Zu erklären ist aber das, was kaum allen Genossen ganz klar sein dürfte, und zwar: daß der Uebergang der Macht in die Hände der Sowjets jetzt praktisch einen bewaffneten Aufstand bedeutet. Man sollte annehmen, daß das offensichtlich ist und doch haben nicht alle diesen Umstand voll durchdacht. Ein Verzicht auf den bewaffneten Aufstand würde jetzt das Aufgeben der wichtigsten Losung des Bolschewismus (Alle Macht den Sowjets) und überhaupt des gesamten revolutionär-proletarischen Internationalismus bedeuten.

Der bewaffnete Aufstand ist aber eine besondere Form des politischen Kampfes, die besonderen Gesetzen unterworfen ist, die gründlich durchdacht werden müssen. Mit bemerkenswerter Schärfe hat Karl Marx diese Wahrheit ausgedrückt, als er schrieb, daß der bewaffnete „Aufstand" genau so wie der Krieg eine Kunst ist."

Unter den wichtigsten Regeln dieser Kunst hat Marx auf die folgenden hingewiesen:

1. Man darf mit dem Aufstand nie spielen, sondern muß, nachdem er eingeleitet wurde, fest wissen, daß man bis ans Ende gehen muß.

2. Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Moment muß ein großes Uebergewicht an Kräften konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der eine bessere Ausbildung, eine bessere Organisation besitzt, die Aufständischen vernichten.

3. Nachdem der Aufstand schon eingeleitet ist, muß mit der äußersten Entschlossenheit gehandelt und unter allen Umständen und unbedingt in die Offensive übergegangen werden. Die Defensive ist der Tod des bewaffneten Aufstandes.

4. Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und die Zeit, solange kleine Truppen noch zerstreut sind, ausnützen.

5. Man muß bestrebt sein alltäglich (wenn es sich um eine Stadt handelt, so können wir füglich „in jeder Stunde" sagen) wenigstens kleine Erfolge zu erreichen und um jeden Preis das moralische Uebergewicht zu bewahren.

Marx hat die Lehren aller Revolutionen bezüglich des bewaffneten Aufstandes in den Worten „des größten Meisters der revolutionären Taktik in der Geschichte, Danton, zusammengefaßt: Mut und noch einmal Mut."

In Anwendung auf Rußland und auf Oktober 1917 heißt das folgendes: gleichzeitige, möglichst überraschende Offensive gegen Petersburg, unbedingt von innen und von außen: aus den Arbeitervierteln und aus Finnland, aus Reval und aus Kronstadt, die Offensive der gesamten Flotte und die Konzentrierung eines gigantischen Kräfteübergewichtes gegenüber der 15 000- bis 20 000-köpfigen (vielleicht auch noch stärkeren) „bürgerlichen Garde" (Militärschulzöglinge), unsern „Vendée-Truppen" (ein Teil der Kosaken usw.).

Unsere drei Hauptkräfte: die Flotte, die Arbeiter und die Truppen sind derart zu kombinieren, daß wir a) das Telephon, b) den Telegraph, c) die Eisenbahnstationen und vor allem d) die Brücken um jeden Preis an Opfern besetzen können.

Aus den entschlossensten Elementen (unsern „Stoßtruppen" und der Arbeiterjugend, wie auch den besten Matrosen) sind kleine Abteilungen zu bilden zur Besetzung der wichtigsten Punkte und zur Beteiligung an allen wichtigen Operationen, wie z. B.:

An der Umzingelung und Abschneidung Petersburgs und seiner Besetzung durch einen kombinierten Angriff der Arbeiter und der Truppen, — das ist eine Aufgabe, die Geschick und den größten Mut erfordert. Aus den besten Arbeitern sind Abteilungen mit Gewehren und Bomben zum Angreifen und Umzingeln der „Zentren" des Feindes (Militärschulen, Telegraph, Telephon usw.) zu bilden mit der Parole: Eher sollen alle zum Opfer fallen, als daß der Feind durchgelassen wird.

Wir wollen hoffen, daß im Falle, wenn die Aktion beschlossen wird, die Führer mit Erfolg die großen Lehren Dantons und Marx' anwenden werden.

Der Erfolg sowohl der russischen, wie auch der gesamten Weltrevolution hängt von zwei bis drei Tagen des Kampfes ab.

Geschrieben am 9. Oktober 1917.

Veröffentlicht in der „Prawda", Nr. 52 am 7. November 1920 mit der Unterschrift: Ein Fremder.

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Reichardstraße 14, in deren auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Herg 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Kribbe", Jakobstraße 4.

Zur Beleuchtung der internationalen Lage

sind soeben im Verlage der Kommunistischen Internationale (Auslieferung Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg 8) zwei wichtige Schriften erschienen:

A. Lapinski: Die Besetzung des Ruhrgebiets und der Zerfall Europas. 72 S. Inhalt: Die drei Perioden der Nachkriegsentwicklung. — Die Periode des großbürgerlichen Pazifismus. — Die Bilanz der Epoche des Pazifismus. — Der Wiederaufbau des Kapitalismus in geographischen Etappen. — Die neue Periode. — Die Widersprüche der französischen Reparationspolitik und die Wege des kapitalistischen Wiederaufbaus.

Karl Radek: Der Kampf der Komm. Internationale gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals. 129 S. Inhalt: Eine Antwort der K.J. an Lord Curzon. — Der Zusammenbruch des weltpolitischen Planes Lloyd Georges. — Das englisch-amerikanische Schuldenabkommen. — Die Ruhrfrage und England. — Der russisch-englische Konflikt. — Lausanne. — Die Liquidation des Washingtoner Abkommens. — Die Aufgaben der Komm. Internationale. — Der Kampf im Lager der Bourgeoisie. — Der wachende Widerstand der Arbeiterklasse. — Haag und Hamburg. — Die Frage der Einheitsfront. — Die Frage des politischen Bündnisses. — Das Verhältnis zum Faszismus. — Vor neuen Kämpfen.

•

Kommunistische Literatur. Der Verlag der Kommunistischen Internationale (Auslieferung Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg 8) hat sich entschlossen, für seine Veröffentlichungen bis auf weiteres für die Organisationen die Schlüsselzahl von 700 000 festzulegen. Diese Organisationsschlüsselzahl gilt nur für die Parteiorganisationen und Parteibuchhandlungen Deutschlands.

Die neue Nummer der „Kommunistin" erscheint soeben mit einem Titelbild: „Was Stresemann verspricht und was er hält." Von dem Inhalt dürfte die Arbeiterfrauen besonders der Artikel: „Die Not der Großstadt" interessieren. Von Margarete Szepansky finden wir ein Gedicht: „Stadt und Land". Ein interessanter Aufsatz macht uns mit der „Heranbildung von Arbeiterinnen zur Qualitätsarbeit in Sowjet-Rußland" bekannt. Aus dem gewerkschaftlichen Teil sei hervorgehoben: „Die Metallarbeiterinnen auf dem Kasseler Verbandstag". Das Feuilleton schließt mit der Schilderung: „Aus den Tagen der Pariser Kommune". Noch ein Wort der Kritik. Die Redaktion der „Kommunistin" sollte vermeiden, Originalphotographien zu bringen, die technisch nur ganz unvollkommen im Zeitungsbild hervortreten. Mit der schlechten Reproduktion einer Photographie, wie z. B. bei der Illustration: „Heranbildung von Arbeiterinnen zur Qualitätsarbeit in Sowjet-Rußland" wird die Absicht, unmittelbares Anschauungsmaterial zu geben, nicht erreicht.

Siavus

13] Siebzehn Geschichten von **Maria Szucsich**

Der Schah berief jenen seiner Gelehrten zu sich, der über das Leben nachdachte.

„Geh, mein Gelehrter, und wende mir das Herz meines Sohnes Siavus zu."

Der Gelehrte entfernte sich, um dem Befehl des Schahs Genüge zu leisten. Doch kehrte er nach einigen Tagen mit Siavus in den Palast zurück und sprach traurig zum Schah:

„Herr, Dein Sohn hat die Wissenschaft zertrümmert, die ich durch mein Denken über das Leben erschaffen hatte."

Der Schah bemeisterte seinen Zorn, wandte sich an Siavus und fragte ihn:

„Wie konnte dies geschehen?"

Siavus aber erzählte:

Von jenen, die uns den Glauben an die Menschen rauben

„Als der Gelehrte mich aufsuchte, sprach er zu mir:

„Sage mir, o Siavus, weshalb quälst Du Dich mit überflüssigen Dingen ab? Das Leben ist so kurz, und Du kümmerst Dich in diesem kurzen Leben um die Leiden der anderen, statt Dein Dasein in Ueberfluß und Schönheit zu verbringen. Wie töricht ist es doch, sich um andere zu kümmern, die schlecht, selbstsüchtig sind und durch keinerlei Güte gebessert werden können! Sie verdienen ihr Los, und uns erübrigt höchstens, über ihre Schlechtigkeit zu klagen."

Ich lud den Gelehrten ein, mir zu folgen.

Wir gingen und gingen, legten einen weiten Weg zurück, bis wir endlich einen hohen Berg erreichten. Der hohe Berg war dicht bewaldet, jedoch über den Wipfeln der Bäume war in der Höhe eine gewaltig große Platte sichtbar.

„Komm mit mir, sehen wir nach, was jene runde Platte ist, dort oben über den Wipfeln der Bäume."

Der Gelehrte folgte mir bis zu der Stelle, wo wir vier ungeheuer hohe, mit Efeu umrankte Säulen fanden, die den Eindruck breiter Baumstämme erweckten. Diese Steinsäulen hielten die Platte.

„Komm, klettern wir in die Höhe, sehen wir nach, was es dort oben auf der Platte gibt!"

Mit bitterer Mühsal, uns an die Ranken der Schlingpflanzen klammernd, kletterten wir höher und höher.

„Es geht nicht weiter!" — wimmerte der Gelehrte, doch ließ ich mich von meinem Vorhaben nicht abbringen:

„Wer hinaufgelangen will, der muß auch hinaufklettern!"

„Aber ich will ja gar nicht hinaufgelangen! Was soll ich denn dort suchen? Vielleicht ist's der Tod, der oben meiner harrt!"

Ich jedoch belehrte ihn:

„Den halben Weg hast Du schon hinter Dir, kletterst Du hinunter, mußt Du den gleichen Weg zurücklegen. Und es ist nicht minder ungewiß, ob Dich nicht unten der Tod erwartet!"

Ich kroch weiter hinauf, und der Gelehrte kroch hinter mir her. Als wir die runde Platte erreichten, die dick und von großer Tragkraft war, stellten wir uns auf sie und staunten. Auf der runden Platte stand ein Sarg, und in dem Sarge lag ein Mann. Er schien völlig verwildert, aus den Ohren, vom Kinn, aus der Nase hingen ihm ganze Bülche Haare und fielen über die Gipfel der Bäume. Als dieser Mann uns erblickte, setzte er sich in seinem Sarge auf und sah uns aus großen, verwunderten Augen an.

„Wer bist Du?" — fragte ich.

„Wer seid Ihr? — fragte er uns gestrenge.

„Wir sind Menschen!"

Ob dieser Antwort wurde sein Erstaunen noch größer.

„Es kann nicht sein, daß Ihr Menschen seid! Ich habe bereits alle Menschen getötet."

„Steh auf und sieh!" — sprach ich zu ihm.

Er erhob sich und schaute von der Platte hinunter. Von Ost nach West bot sich ein Ausblick auf alle Teile der Welt, und er sah überall auf der Erde Menschen.

„Wie ist dies möglich?!"

„Warum bist Du darüber so erstaunt?", fragte der Gelehrte.

„Hört mich an!", begann der Mann und setzte sich auf den Rand des Sarges.

Auch wir setzten uns und lauschten seiner Erzählung.

„Es muß schon sehr lange her sein, daß ich auf der Erde gewesen, vielleicht mehrere Millionen Jahre. Ich war damals ein Apostel, wollte die Menschen bessern, weil sie schlecht waren. Ich predigte den Reichen, sie mögen die Armen nicht ins Elend stoßen, deren Unwissenheit nicht ausnützen. Ich predigte den Armen, sie mögen Vernunft annehmen und sich nicht unterdrücken lassen. „Verteilt die Arbeit", sprach ich zu ihnen, „denn allzuviel Arbeit macht den Menschen ebenso empfindungslos, wie der Müßiggang. Liebet einander, statt einander zu achten, oder zu verachten!" Das Ende jedoch war, daß sie zu den Waffen griffen und einander hinfenweise töteten. Da begann ich sie zu hassen. Ich zog mich in die Einöde zurück und dachte:

„Sie verdienen ihr Los, und mir erübrigt höchstens, über ihre Schlechtigkeit zu klagen!"

Doch wurde mein Haß gegen sie immer größer, und ich verbrachte Tag und Nacht im Gedanken darüber, wie ich sie ausrotten könnte, die Reichen ebenso wie die Armen. Wozu sollen die Menschen leben, wenn sie einander nicht zu lieben vermögen? Keiner soll sich fürderhin vermehren und alle sollen ins Grab sinken. Und mein Haß trug seine Frucht. Ich entdeckte ein Mittel, das mir ermöglichte, die des Lebens unwürdige Menschheit auszurotten. Als ich mit diesem Mittel fertig wurde, suchte mich ein Jüngling auf und sprach zu mir:

„Ich habe ein Wundermittel entdeckt, durch das ich den Menschen ewiges Leben schenken kann! Wie glücklich bin ich!"

„Narr!", erwiderte ich, „Du hast zu den Menschen Vertrauen?"

Er entgegnete:

„Zu wem sonst sollte ich Vertrauen haben, als zu ihnen? Was sie verderben, machen sie auch wieder gut, oder sie setzen an Stelle des Alten etwas Neues."

„Aber sie töten ja einander?"

„Aus einem feuerspeienden Berg kann fruchtbare Erde werden. Die Menschen sind bestrebt, ihren Ungestüm auszujäten. Die Zeit ist, o Herr, unendlich, und die Menschen mit ihren Kämpfen sind ein Teil der Unendlichkeit."

„Du bist ein Träumer!", sprach ich, entwand ihm mit Gewalt sein Zaubermittel und nahm es als einziger ein, denn ich haßte die Menschen und war daher des ewigen Lebens würdig.

Taub gegenüber dem Flehen des Jünglings, streute ich das Mittel des ewigen Todes in die Luft. Und die Luft nahm es auf, gab es an die Menschen weiter, die es einatmeten. Eines Tages war die Welt ausgestorben. Ich allein war am Leben geblieben. Da erbaute ich diese vier Säulen, legte die Platte auf sie und brachte meinen Sarg hierher. Einige Jahrtausende stand ich auf der Platte, schaute in die Tiefe, um zu sehen, wie die von den Menschen erbauten Häuser und Brücken einstürzten. Dann wurde ich des Anblicks überdrüssig, legte mich in den Sarg und wartete auf nichts mehr.

Seltsam ist, was ich jetzt mit meinen Augen schaue.

Stehe da, der Mensch ist nicht tot. Er baut wieder Städte und große Häuser. Was fruchtete es also, daß ich ihn damals ausgerottet habe?"

Da fragte ich den Ewig-Lebenden:

„Glaubst Du, daß dem Menschen ewiges Leben beschieden ist?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 2.—8. Sept. 1 100 000 M., durch die Post 1 000 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernsprechanschlüsse 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 85000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 600000 M. für Reklame, einschl. an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 150 000 Mk. | **Donnerstag, den 6. September 1923** | **3. Jahrgang Nr. 208**

Der Dollar 33⅓ Millionen Mark

Hilferding kann nicht helfen — Es kracht in allen Fugen

Die Reichsbank ließ gestern in die Welt hinausposaunen: Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars war am 5. September: 20 Millionen. Und gleichzeitig bringt der Funkspruch aus Neuyork die Meldung, daß die Dollarparität 33⅓ Millionen beträgt.

Dieses Treiben der Spekulanten, das den Dollar von zirka 14 Millionen am Dienstag bis auf über 33 Millionen am Mittwoch hinauftrieb, ist selbst dem „Vorwärts" zu viel. Er schreibt in der gestrigen Abendausgabe: **„Das Spiel, das von der Spekulation getrieben wird, kann nicht anders als verbrecherisch genannt werden. Die Minuteninterventionen der Reichsbank ist diesen Kreisen höchst willkommen. Man nimmt dieser zu niedrigen Kursen die Devisen ab, um sie eine halbe Stunde später um Millionen höher loszuschlagen. Ernste Bankkreise sehen der weiteren Entwicklung mit schwerstem Bedenken entgegen."**

Und während das Schiebergesindel Billionen Gewinne einheimst, die deutsche Wirtschaft vollkommen zu Grunde richtet, verhandeln die Industriellen und Bankherren mit Hilferding um eine „Goldwährung". Hilferding verhandelt und die Schieber und Auslandslieferanten handeln. Während sie den Dollar in den Abgrund stürzen setzen die Agrarier und Kohlenbarone die Preise noch auf über Weltmarktpreise hinauf. Bezahlen müssen die deutschen Proletarier.

60 Pf. Friedensstundenlohn = 3 011 275 Mk.

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 6. September.**

In der Woche vom 29. August bis 5. September betrugen nach dem Lebenshaltungsindex der „Roten Fahne" für ein Ehepaar mit zwei schulpflichtigen Kindern die Ausgaben, die notwendig sind, um annähernd so wie in der Vorkriegszeit leben zu können:

Für Nahrung	79 960 600 Mk.
Für Kleidung, Wohnung, Fahrgeld, Gas	72 269 000 Mk.
Für 8 Prozent Steuern	12 168 368 Mk.
	164 515 968 Mk.

Das ist eine Steigerung von über 76 Millionen oder 86,4 Prozent gegen die Vorwoche, die z. B. für Fleischwaren mehr als 100 Prozent, für Miete und Arztgebühren mehr als 350 Prozent ausmacht. Gegen die Vorkriegszeit sind die Lebenshaltungskosten um das 5 018 791fache gestiegen.

100 000 Mark sind nru noch 1,9 Pfennig wert. Auf einen Mindestgrundlohn von 60 Friedenspfennigen pro Stunde beträgt der Stundenlohn 3 011 275 Mark.

Der Reichs-Schwindelindex

Berlin, 5. September.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung (Ernährung, Wohnung, Beleuchtung und Kleidung) lautet nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den 3. September auf 1 845 261. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (1 183 434) beträgt somit 55,9 Prozent. Für den Durchschnitt des Monats August berechnet sich die Reichsindexziffer auf 586 045 gegenüber 73 651 im Julidurchschnitt. **Die Steigerung beträgt somit 1 457 Prozent.** Die Lebenshaltungskosten ohne die Bekleidung sind im Durchschnitt des August aufs 508 631fache, Ernährungskosten allein auf das 570 485fache, Bekleidungskosten auf das 1 089 571fache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die Löhne der Reichsarbeiter und -beamten

Monatliche Gehaltszahlung der Beamten

Den Berliner Blättern entnehmen wir folgenden Bericht:

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter führten gestern in später Abendstunde zu einer Festsetzung der Lohnmeßzahl auf 2350 mit Wirkung vom 2. September an. Hiernach wird in der Ortsklasse A der **Stundenlohn des Handwerkers 909 000 Mark, der des ungelernten Arbeiters 846 000 Mark betragen.**

Die Beamtengehälter haben eine Erhöhung um 186 Prozent erfahren. Der Frauenzuschlag ist um 20 Millionen, die Besatzungszulage auf 12 Millionen Mark, die Kinderzulage im besetzten Gebiet auf 24 Millionen erhöht worden. Die Nachtdienstzulage beträgt 75 000 Mark pro Stunde und die Sonderzulage für das alt- und neubesetzte Gebiet ist auf 10 Prozent der Gesamtbezüge festgelegt worden.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über die **vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlung** zugehen lassen. Dieser Entwurf sieht vor, daß in Abänderung des Reichsbesoldungsgesetzes die Vierteljahreszahlungen vorübergehend außer Kraft treten, und daß alle Beamten ihr Gehalt nunmehr monatlich in bar ausgezahlt erhalten sollen. Zur Begründung der Vorlage werden die bekannten wirtschafts- und währungspolitischen Momente angeführt.

Beratungen über die „Goldwährung"

Berlin, 6. September.

Im Reichsfinanzministerium fand gestern eine Besprechung über die Frage der Schaffung einer wertbeständigen Währung statt, an der Vertreter der Reichsregierung, des Parlaments, der Landwirtschaft, der Banken und der Industrien teilnahmen. Die Beratungen nahmen, wie es heißt, einen sehr günstigen Verlauf, und es wird damit gerechnet, daß bereits in wenigen Tagen ein fester Plan über eine Währungsreform vorliegt.

Nach einer Mitteilung des „Vorwärts" beschäftigten sich auch die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen seit mehreren Tagen mit der Frage der Goldwährung. Sowohl der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund als auch der ADA.-Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, seien der Auffassung, daß die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt in den letzten Tagen ein wertbeständiges Zahlungsmittel unbedingt nötig mache.

Der Währungsausschuß des Reichswirtschaftsrates beriet gestern über die Frage der Geldkonten bei der Reichsbank. Reichsbankpräsident Havenstein erklärte, die Reichsbank beabsichtige wertbeständige Zertifikate auszugeben, die als wertbeständige Anlage oder — da sie diskontiert werden können — auch als Ersatz für ein wertbeständiges Zahlungsmittel dienen können. Der Reichsbankpräsident wandte sich dann gegen die ursprüngliche Forderung, Goldmarkkonten einzurichten gegen Einzahlung von Papiermark. Die Einzahlung von Papiermark auf Goldmarkkonten würde heißen, das Risiko der Wertbeständigkeit auf die Reichsbank zu verschieben, was eine Zentralnotenbank niemals ins Auge fassen dürfe. Die Reichsbank beabsichtige die Einrichtung von Goldmarkkonten dergestalt, daß für größere Beträge Konten eingerichtet werden, bei 80 Prozent der Einzahlung in Devisen und 20 Prozent in Papiermark. In der anschließenden Debatte wurde auch noch die Frage der Errichtung einer Privatnotenbank aufgeworfen, [illegible] gefaßt wurden. Der [illegible] Störung von Sachwer-

[illegible] darüber sein, daß [illegible] Wertbeständigmachung [illegible] Hoffnungen zu er- [illegible] gibt es nichts mehr [illegible] Arbeiter- und Bauern- [illegible], die Sachwerte er- [illegible] Betriebsräte stellt.

[illegible] Sabotage

[illegible] Halle-Merseburg!

[illegible] Produktions- [illegible] gesamten Arbeiter- [illegible] Arbeitslosen schwillt [illegible] nehmen über- [illegible] mit der voll- [illegible]. Hier muß die [illegible] sich mit allen zu [illegible] Sabotage der Unter- [illegible] von den Erwerbs- [illegible] gesamten Arbeiter- [illegible] die Angelegenheit [illegible] bei den Kommunal- [illegible] Forderungen gestellt [illegible]

[illegible] werden, sich für die [illegible]:

[illegible] Demobilmachungs- [illegible] der Unternehmer [illegible] Arbeitszeit Still-

legungen unter allen Umständen zu verhindern.

2. **Produktive Erwerbslosenfürsorge.**
3. **Einstellung aller Arbeitskräfte hat nur durch die städtischen oder Kreisarbeitsämter zu erfolgen.**
4. **Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Arbeitslose unter Fortfall der Karenzzeit.**
5. **Sofortige Inangriffnahme von Notstandsarbeiten durch die Kommunal- oder Kreisbehörden unter Zahlung von gewerkschaftlich festgesetzten Löhnen.**
6. **Bereitstellung von Lebensmitteln für die Erwerbslosen:**
   a) **unentgeltliche Abgabe von Milch an Schwangere, stillende Mütter und Säuglinge bis zu 2 Jahren;**
   b) **Beschaffung von verbilligtem Brot und Kartoffeln;**
   c) **Abgabe der Kohlen zum Selbstkostenpreis.**

Kollegen! Diese Forderungen müssen sofort überall gestellt werden. Zu diesem Zwecke müssen überall öffentliche Gewerkschaftsversammlungen einberufen werden, die sich mit der Angelegenheit zu befassen haben. Nur durch den Zusammenschluß der gesamten Arbeiterklasse wird es gelingen, den Einfluß der Arbeiterschaft geltend zu machen.

Drum geht sofort an die Arbeit! Reicht die Adressen der gebildeten Erwerbslosenräte an die unterzeichnete Stelle sofort ein! Es muß uns mindestens im Laufe der nächsten Woche möglich sein, einen Erwerbslosenkongreß für den Bezirk einzuberufen.

Nach Eingang der Adressen werden nähere Anweisungen noch bekanntgegeben. Die Kosten der Delegation hat jeder Ort selbst aufzubringen.

Das Gewerkschaftskartell Halle. J. A.: Foerster.
Das Bezirkskartell. J. A.: Oskar Fiedler.
Der Erwerbslosenrat. J. A.: Richard Kraußer, Zenkerstr. 5.

Die „demokratischen" Sozialisten regieren...

I.

Die „Rote Fahne" ist auf acht Tage verboten worden. Jeder, der verstehen will, versteht, weshalb: Dieses Mal geht es den Gewerkschaftsbonzen, die den Severing kommandieren, nicht bloß um Abonnentenfang: sie wollen den am 9. September in Berlin stattfindenden Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg stören, deshalb lassen sie die „Rote Fahne" verbieten.

Denn daß der ganze Feldzug, der da so glorreich begonnen wurde, sich in erster Linie gegen die Betriebsräte richtet, ist klar. Es handelt sich darum, wer die Betriebsräte beherrschen soll. Und da die Frage entschieden ist, so greifen die bankrotten Lakaien der Bourgeoisie zu Puttkamerschen Methoden. Sie benutzen Hortynsche und Mussolinische Methoden, sobald sie sehen, daß die Puttkamerei nichts nützt.

Die Puttkamerei nützt nichts. Die Frage ist entschieden, wer die Betriebsräte beherrschen soll. Ein Beispiel: Die Berliner Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale berief für den 3. September eine Delegierten-Generalversammlung ein, wo über Betriebsstillegungen gesprochen werden sollte. Die VSPD. hatte ihre Fraktion flehentlich gebeten, doch ja nicht zu schwänzen, da sonst „die Kapitalisten das Heft in die Hand bekommen". Die Versammlung fand nicht statt: Weil keine Betriebsräte kamen. Sie haben kein Interesse an den sozialdemokratischen Reden des Emil Barth und nicht für einen Groschen Vertrauen zur „legalen" Instanz. Wehmütig versucht der „Vorwärts", „geistreich" zu werden:

„Auch bei den kommunistisch eingestellten Betriebsräten scheint die starke Beanspruchung beim letzten Generalstreik noch so nachhaltige Folgen gezeitigt zu haben, daß auch sie, die damals in angeblicher Stärke von 20 000 Mann Generalstreikbeschlüsse faßten, gestern mit kaum 70 Vertretern anwesend waren."

Der kleine Schäfer vergißt, hinzuzufügen, daß die Generalversammlung zurechtgeschoben ist, daß die oppositionellen Betriebsräte häufig noch heute ihre Delegiertenkarte nicht bekommen haben und daß — die erschienenen Betriebsräte im ganzen die stattliche Stärke von 120 Mann besaßen, so daß selbst hier die Kommunisten von vornherein die Mehrheit hatten.

Das Zentralstreikbruchorgan konstatiert und jammert:

„Es ist unglaublich, daß die Delegierten der Betriebsräte ihrer legalen Betriebsorganisation nicht mehr Interesse entgegenbringen."

Die Betriebsräte wissen, weshalb. Und die Bonzen wissen, weshalb sie gegen die „nicht legalen" Betriebsräteorganisationen die Polizei und die Gerichte bemühen.

II.

Die „demokratischen" Grundsätze: Freiheit der Presse, des Wortes, der Koalition haben in Deutschland seit 1918 nicht bestanden. Welch trauriger, elender, heuchlerischer Schwindel die formale „Demokratie" ist, zeigen erst recht die letzten „Heldentaten" der sozialdemokratischen Polizeiminister. Denn selbst die gerissensten Paragraphenreiter können keinen ihren Gesetzen und ihrer Verfassung entsprechenden Grund für die Polizeischikanen, Verhaftungen und Prozesse angeben.

Was beispielsweise den „Hochverrat" der Berliner Betriebsräte betrifft, so ist juristisch die Sache von vornherein oberfaul. Es wurden Kampforgane des Proletariats gebildet; sie sind da und werden weiterhin da sein. „Kampf", „Klassenkampf" — das sind äußerst gefährliche Worte! Und Herr Sollmann, Mitglied einer Partei, in deren Programm das Wort Klassenkampf immer noch enthalten ist, verbietet die „Rote Fahne". Wo gesprochen wird von Kampf, wo gesagt wird: Die Revolution kommt heran, wo gesagt wird, daß die Partei sich organisatorisch festigen soll, da sieht Herr Sollmann „Anreizung zu gewalttätiger Aenderung der Demokratie zur Sowjetrepublik" — und verbietet. (Jeder Esel kann mit dem Belagerungszustand regieren, galt einmal.) Regieren können sie nicht,, und dieser Mühe werden sie, so sehr sie auch heruneseln, sehr bald entholen sein.)

Noch unsinniger ist der Vorwurf des Hochverrats. Wir erinnern den klugen Severing nebst dem weniger klugen Sollmann daran, daß der Reichsminister Hilferding vor noch nicht langer Zeit einer Partei angehörte, deren Programm (das Leipziger Aktionsprogramm) die Diktatur des Proletariats als nächste Aufgabe des deutschen Proletariats stellte und die revolutionären Betriebsräte als Kampforgane des Proletariats bezeichnete. Da begangener Hochverrat erst nach Jahrzehnten verjährt, so fordern wir die sozialdemokratischen Minister, die Verteidiger der Demokratie, öffentlich auf, das Hochverratsverfahren gegen Hilferding zu eröffnen, der noch auf dem hallischen Parteitag der USP. die Diktatur des Proletariats propagierte (und zwar sehr heftig!) und noch auf dem letzten von den Gewerkschaften einberufenen Betriebsrätekongreß (1920) den Betriebsräten als Aufgabe stellte: Kontrolle der Produktion, Klassenkampf und Uebernahme der politischen Macht.

Um diese Dinge festzustellen, braucht man nicht einmal Protokolle zu stehlen: Man braucht nur die gedruckten Protokolle zu kaufen und mit denselben Polizeigehirnen, die heute zur Konstruktion einer Anklage gegen die kommunistischen Funktionäre angestrengt werden, die viel einfachere „Anklagen" wegen „versuchten Hochverrats" auf Grund der vorliegenden „Geständnisse" der höchst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230906-15/fragment/page=0007